



SCHLESWIG-  
HOLSTEINISCHER  
LANDTAG

Nr. 03/September 2018

# DER LANDTAG

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein



## Meerumschlungen

Zu Hause sein in Schleswig-Holstein

## Inhalt

Meldungen	2 – 4
Personalien	5
<b>Meerumschlungen</b>	<b>6 – 14</b>
Schleswig-Holstein als Gegenpol zum „Berliner Hickhack“	6
NORLA-Umfrage: Schleswig-Holsteiner sind zufrieden – und anders als andere Deutsche	8
Neues Platt-Schulbuch, Klaus-Groth-Jahr 2019, deutsch-dänisches Jubiläum 2020	10
Debatte über Minderheitenartikel im Grundgesetz	11
Im Rückblick: Kreisreform 2007, Ausgebombte 1950	12
Welterbe Haithabu und Danewerk, Haus der Landesgeschichte	14
Die Seite für das Ehrenamt	15
<b>Im Zentrum:</b>	<b>16 – 17</b>
Kalender 2019 mit Gedenktagen und wichtigen Terminen	
<b>Plenarberichte</b>	<b>18 – 21</b>
Suche nach Wegen aus der Wohnungsnot	18
Aufnahmeprogramm für Flüchtlinge, Debatte über Kopfnoten	19
Von Wölfen, Schafen und Zirkustieren	20
Verkehrsfluss und Inklusion	21
<b>Leichte Sprache:</b> Gegen das Verschwinden von Lebens-Mitteln	22
Altenparlament fordert Offensive in der Sozialpolitik	23
<b>Ausschüsse</b>	<b>24 – 25</b>
Anhörung zur Verfassungsbeschwerde für jeden	24
Petitionsausschuss besucht JVA Lübeck	25
<b>Nachgehakt:</b> Inklusion im Sport, Pflegekammer, mobile Wahllokale	26
Christopher-Street-Day: Landespolitik setzt Signal für Vielfalt und Akzeptanz	27
<b>Buchvorstellung:</b> „Holm – engHolm ...“ und ein Bär im Paternoster	28
Bücherecke, Impressum	29
<b>Im Porträt:</b> Wolf Rüdiger Fehrs (CDU), Dennys Bornhöft (FDP)	30
Ins Bild gerückt: zu Besuch im Landeshaus	31
Termine, Termine, Termine	32

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

2.889.821 Menschen wohnen nach der aktuellen Zählung des Statistikamts Nord in Schleswig-Holstein. Und die meisten davon leben gerne in Deutschlands Norden, wie diverse Umfragen zeigen. Was ist so besonders am Land zwischen den Meeren? In Zeiten, in denen Begriffe wie „Heimat“ und „Identität“ auch in der Politik eine Rolle spielen, werfen wir einen Blick auf die Debattenkultur im Landtag, die sich nach Einschätzung vieler Landespolitiker stark vom „Berliner Hickhack“ unterscheidet. Auf der Landwirtschaftsmesse NORLA haben wir Gäste unseres Infostandes befragt. Ergebnis: Schleswig-Holsteiner sind manchmal bockig, aber auch gelassen und tolerant.

Außerdem schauen wir auf die plattdeutsche Sprache, auf die Minderheiten im Lande und auf das Verhältnis zum Nachbarn Dänemark. Die Serie „Im Rückblick“ behandelt zwei politische Debatten aus den Jahren 1950 und 2007, in denen es um die lokale Identität ging. Hier wird deutlich: Auch innerhalb Schleswig-Holsteins gibt es Unterschiede.

Viel Spaß beim Lesen und einen schönen Herbst wünscht

Ihre Redaktion

PS: Unser Titelbild zeigt den Blick aus dem Satelliten „Copernicus Sentinel-2“ am 23. Mai 2018. Wer ein solches Weltraumbild des Landes oder seines Heimatortes selbst erstellen möchte, kann dies auf der Internetseite des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation tun: [danord.gdi-sh.de/view/copernicus](http://danord.gdi-sh.de/view/copernicus)



## Minister Jan Philipp Albrecht vereidigt

Der neue Umweltminister Jan Philipp Albrecht (Grüne) hat Anfang September, wenige Tage nach seinem Amtsantritt, im Landtag seinen Eid abgelegt. Landtagspräsident Klaus Schlie wünschte ihm eine gute Amtsführung zum Wohle Schleswig-Holsteins. Albrecht ist Nachfolger von Robert Habeck, der als Grünen-Parteichef nach Berlin gewechselt ist. Der neue Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung stammt aus Braunschweig und hat vor seinem Wechsel nach Kiel neun Jahre lang im Europäischen Parlament die Interessen der Bundesländer Schleswig-Holstein und Hamburg vertreten. Der 35-Jährige ist verheiratet und hat einen Sohn.



## Website des Landtages neu gestaltet

Das Web-Angebot des Landtages präsentiert sich seit Juli in neuem Gewand. Die Seite [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de) ist technisch und optisch modernisiert worden.

Die neue Ansicht ist übersichtlicher und barrierearm. Das Surfen durch die Informationen über das Parlament wird damit noch anwenderfreundlicher. Die Website ist nun insbesondere auf Smartphone- und Tablet-Nutzer ausgerichtet. Neben einem neuen Wochenkalender ergänzt ein modernes Karriereportal den frisch gestalteten Internetauftritt.



## Einkünfte aus Nebentätigkeiten werden öffentlich

**Für die Abgeordneten gelten neue Verhaltensregeln, die insbesondere die Angaben zu Nebentätigkeiten betreffen. CDU, SPD, Grüne, FDP und SSW legten Ende September einen entsprechenden Text vor, der einstimmig angenommen wurde. Er gilt rückwirkend zum Beginn der Wahlperiode im Juni 2017 und löst die alten Regeln aus dem Jahr 1995 ab.**

Demnach müssen Abgeordnete öffentlich darlegen, welche berufliche Tätigkeit sie neben ihrem Mandat ausüben, ob sie an Firmen beteiligt sind oder ob sie im Vorstand oder Aufsichtsrat eines Unternehmens sitzen. Bislang blieben die Einkünfte aus diesen Tätigkeiten geheim, sie mussten lediglich dem Landtagspräsidenten gemeldet werden. Künftig sollen die Einnahmen auf der Website und im Handbuch des Landtages veröffentlicht werden. Dabei sollen sich die Parlamentarier in eine von mehreren Stufen einordnen. Damit gibt sich der Landtag ein ähnliches Regelwerk wie der Bundestag.

Auch Spenden oder „geldwerte Zuwendungen“, die ein Abgeordneter „für seine politische Tätigkeit“ erhält, müssen künftig angezeigt werden, wenn sie eine Mindestgrenze überschreiten. Rechtsanwälte, die zugleich Mitglied des Landtages sind, müssen den Präsidenten informieren, wenn sie entweder für oder gegen das Land Schleswig-Holstein in einem Rechtsstreit Partei ergreifen. Verstößt ein Abgeordneter gegen diese Vorgaben, droht eine Ermahnung oder ein Ordnungsgeld.

## Reformkommission zur Altersvorsorge

**Eine unabhängige Expertenkommission soll eine Reform der Altersabsicherung der Landtagsabgeordneten erarbeiten. Mit dem aktuellen Modell drohe Parlamentariern aufgrund niedriger Zinsen „ein Bruch in der Altersversorgung“, sagte Landtagspräsident Klaus Schlie Anfang Juli.**

Bis Juni 2019 soll die Kommission unter dem Vorsitz des ehemaligen Hamburger Senatskanzleichefs Volkmar Schön das bestehende System prüfen und einen Vorschlag unterbreiten. Ihr gehören auch Oberlandesgerichtspräsidentin Uta Fölster, der Unternehmer Hans Julius Ahlmann, Ex-Finanzminister Rainer Wiegard (CDU), der ehemalige Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion Holger Astrup und Ex-Justizminister Emil Schmalfuß an. Das Gremium komplettieren die einstige DGB-Landesvorsitzende Anke Schwitzer und die Juristin Anna von Notz. Die Kommission trat Ende August erstmals zusammen.

Seit der Diätenreform 2007 müssen die Abgeordneten in Schleswig-Holstein selbst für ihre Rente sorgen. Sie bekommen zusätzlich zu ihrer Diät 1.829 Euro pro Monat, die sie in eine private Altersversorgung einzahlen müssen. Dieses System sei aber aufgrund der Zinsentwicklung „nicht mehr tauglich“, um eine auskömmliche Rente zu sichern, so Schlie.

## Wortwörtlich



„Wer die gewalttätigen Ausschreitungen in Chemnitz mit ehrenhafter Vaterlandsliebe erklärt, der hat offensichtlich jegliche Distanz zu Neonazis und Rechtsradikalen verloren.“

(Tobias Koch, CDU)



„Die Opfer und deren Angehörige verdienen unser Mitleid und nicht die schamlose Instrumentalisierung von Menschenfeinden und Ausländerfeinden.“

(Ralf Stegner, SPD)



„Die Rolle der AfD in Chemnitz hat gezeigt, dass sich diese Partei heute maximal noch von Gewalt, aber nicht von Gewalttätern distanziert. Ihre moralische Erosion ist im Zeitraffer zu beobachten.“

(Lasse Petersdotter, Grüne)



„Der rechte Rand in unserem Land wird zunehmend hemmungsloser. Die AfD lässt immer mehr die Maske fallen, die eh schon nicht besonders fest gesessen hat.“

(Christopher Vogt, FDP)



„Sie stecken mit Pegida, mit deren Ablegern, mit Rechtsradikalen, mit Nazis und deren Sympathisanten unter einer Decke. Rechtsradikale Glatzköpfe bezeichnen sie als Patrioten, ich bezeichne die als Idioten.“

(Lars Harms, SSW)



„Ich finde es beschämend, dass die Regierungsparteien kein Wort des Bedauerns für die vielen Opfer von Mord und Vergewaltigung finden, die sie politisch zu verantworten haben.“

(Doris von Sayn-Wittgenstein, AfD)



Aus der Aktuellen Stunde am 5. September zu „öffentlichen Äußerungen der Abgeordneten Doris von Sayn-Wittgenstein aufgrund der aktuellen Vorfälle in Chemnitz“. Die AfD-Abgeordnete und -Landesvorsitzende hatte nach der Tötung eines 35-Jährigen in der sächsischen Stadt in einer Pressemitteilung von „ausufernder Ausländergewalt“ gesprochen. Tatverdächtig sind zwei Iraker und ein Syrer. Im Anschluss an die Tat gab es in Chemnitz mehrere Demonstrationen und „Trauermärsche“, auf denen Berichten zufolge rechtsextreme Parolen verbreitet wurden. Demonstrationsteilnehmer sollen ausländisch aussehende Menschen bedrängt haben. Von Sayn-Wittgenstein sprach in ihrer Pressemitteilung von „tausenden Patrioten“ auf den Demonstrationen.



Auch die Abgeordneten Birgit Herdejürgen (SPD) und Heiner Rickers (CDU) spendeten Blut. Rechts: Landtagspräsident Klaus Schlie.

## Erfolgreiche Blutspende-Aktion

72 Menschen haben Ende September im Landeshaus bei der jährlichen Blutspende-Aktion des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) mitgemacht und mit jeweils einem halben Liter Blut zur Gesundung von Kranken und Unfallopfern beigetragen. Darunter waren 18 Erstspender – „eine erfreulich hohe Zahl und die höchste Erstspenderzahl der vergangenen fünf Jahre“, wie das DRK vermeldet. Außerdem haben sich zehn Blutspender als Stammzellspender für die Stammzellspenderdatei Nord-Ost registrieren lassen.

Pro Tag werden alleine in Schleswig-Holstein und Hamburg mehr als 550 Blutkonserven benötigt, so das DRK. Die Spender leisteten deswegen einen unverzichtbaren Beitrag, damit die Rund-um-die-Uhr-Versorgung mit Blutprodukten aufrechterhalten werden kann. Insbesondere in den Sommermonaten gibt es einen Spende-Engpass. Als Spender in Frage kommen Menschen zwischen 18 und 73 Jahren.

## Volksinitiativen: Online-Abstimmung kommt

**Für Volksinitiativen in Schleswig-Holstein sollen die Bürger künftig auch online stimmen können. Ein technisches Umsetzungsprojekt für das bereits 2016 entsprechend ergänzte Volksabstimmungsgesetz werde voraussichtlich bis zum Jahresende abgeschlossen sein, verlautete Anfang September aus dem Innenministerium.**

Das Land will demnach eine Internetplattform schaffen, auf der Initiatoren eine Volksinitiative online starten und identifizierbare Unterstützer aus Schleswig-Holstein ihr Votum abgeben können. Notwendig sei aber noch eine Rechtsverordnung. Bei planmäßigem Verlauf dürfte die Online-Option voraussichtlich im Laufe des kommenden Jahres nutzbar sein. Die Möglichkeit, per Hand auf einer Unterschriftenliste aus Papier zu unterschreiben, wird weiterhin bestehen.

Damit eine Volksinitiative Erfolg hat, sind 20.000 Unterschriften notwendig. Der Landtag muss dann das Thema beraten. Für Volksbegehren mit mindestens 80.000 Unterstützern wird die Online-Möglichkeit aber nicht gelten. Ist ein Volksbegehren erfolgreich, findet innerhalb von neun Monaten ein Volksentscheid über einen Antrag oder einen Gesetzentwurf statt.

## Schleswig-Holstein profitiert von Partnerschaft mit China

**China entwickelt sich rasant – und Schleswig-Holstein kann vom Fortschritt im Reich der Mitte profitieren. Diese Bilanz zog Landtagspräsident Klaus Schlie, der Ende September als Teil einer 60-köpfigen Delegation die Partnerprovinz Zhejiang bereist hat.**

Schwerpunkte waren die Bereiche Wirtschaft, Digitalisierung und Wissenschaft. Die Provinz südlich der Metropole Shanghai, mit der Schleswig-Holstein seit 1986 enge Kontakte pflegt, sei von einer „außerordentlich positiven und dynamischen Entwicklung“ geprägt, so Schlie. Beispiele seien das High-Tech-Zentrum „Dream Town“ und der Internetkonzern „Alibaba“, der seinen Hauptsitz in der Provinzhauptstadt Hangzhou hat. „Von dieser Entwicklung können wir durch gemeinsame Projekte zum Wohl unserer jeweiligen Bevölkerung profitieren“, betont der Landtagspräsident. Das zeigten auch Kooperationen im medizinischen und im wissenschaftlichen Bereich, von denen sich die Delegation bei Besuchen eines Krankenhauses und einer Universität einen Eindruck verschaffte. Er freue sich besonders über den Studentenaustausch der „Zhejiang University“ und des „China Centre of Kiel University“, hob der Parlamentspräsident hervor: „Gerade die Begegnung junger Menschen ist mit Blick auf die Zukunft wichtig.“

Die Delegation wurde von Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) angeführt. Neben Schlie vertraten die Abgeordneten Hans-Jörn Arp (CDU) und Birgit Herdejürgen (SPD) den Landtag.

## Wasser-Initiative zum Teil „unzulässig“?

**Der Wissenschaftliche Dienst des Landtages stuft die „Volksinitiative zum Schutz des Wassers“ teilweise als unzulässig ein. Das geht aus einer 50-seitigen Stellungnahme hervor, die die Parlamentsjuristen Ende September vorgelegt haben.**

Die Volksinitiative zielt auf ein Kompletterbot der umstrittenen Fracking-Technologie ab, bei der Erdöl und Erdgas unter hydraulischem Druck zu Tage gefördert werden. Die Initiatoren befürchten Schäden für das Grundwasser.

Der Wissenschaftliche Dienst sieht es als juristisch bedenklich an, dass sich die Volksinitiative zum Teil auf das Wasserhaushaltsgesetz (WHG) des Bundes bezieht. Zwar habe das Land in bestimmten Fällen die Möglichkeit, vom WHG abzuweichen. Die Regeln für Frackinganlagen seien jedoch „abweichungsfest“. Das Land dürfe an dieser Stelle kein eigenes Gesetz erlassen. „Die Volksinitiative ist deshalb (...) unzulässig“, lautet das Urteil der Landtagsjuristen.

Demgegenüber sei der Teil der Initiative, der sich auf das Landeswassergesetz bezieht, zulässig. Der Wissenschaftliche Dienst hält es unter diesen Umständen für möglich, den Vorstoß der Frackinggegner in einen unzulässigen und einen zulässigen Teil aufzuspalten und getrennt weiter zu behandeln. Die endgültige Entscheidung über die Zulässigkeit trifft der Landtag. Die Organisatoren haben Ende Mai nach eigenen Angaben 42.185 Unterschriften an Landtagspräsident Klaus Schlie übergeben. Der Landtag muss sich bis November inhaltlich positionieren.

## Nachrufe

## Trauer um Ernst-Wilhelm Stojan und Jürgen Hinz

Anfang September hat der Landtag zweier verstorbener Abgeordneter gedacht.

**Ernst-Wilhelm Stojan**, der am 19. Juli im Alter von 92 Jahren gestorben ist, gehörte dem Landtag von 1964 bis 1982 an. Der gebürtige Schlesier



kam nach dem Krieg nach Sylt, baute dort die Arbeiterwohlfahrt mit auf und war jahrzehntelang für die SPD kommunalpolitisch aktiv. In der Landespolitik zeichnete er sich als Tourismusexperte, aber auch als Kämpfer gegen NS-Seilschaften aus. So prangerte er 1958 die Wahl des Ex-SS-Generals, Kriegsverbrechers und Bürgermeisters von Westerland Heinz Reinefarth in den Landtag an. Ernst-Wilhelm Stojan habe die historische Aufarbeitung vorangetrieben und sei somit eine „prägende Persönlichkeit Schleswig-Holsteins“ geworden betonte Landtagspräsident Klaus Schlie.

Am 5. August ist **Jürgen Hinz** im

Alter von 79 Jahren gestorben. Der Diplom-Chemiker gehörte zwischen 1983 und 2000 der SPD-Fraktion an. Aus



der Lauenburger Kommunalpolitik kommend machte sich Jürgen Hinz einen Namen als Umweltperte. Er leitete 1999 den Untersuchungsausschuss zur Havarie des Frachters „Pallas“ im Wattenmeer. „Mit der professionellen Distanz der Vollblutwissenschaftlers brachte er Dinge in Gang, die unser Land bis heute bewegen“, so Landtagspräsident Schlie.

**Serpil Midyatli**, SPD-Abgeordnete aus Gettorf, möchte Landesvorsitzende ihrer Partei werden. Sie erklärte Ende August ihre Kandidatur. Die Wahl ist für Ende März 2019 in Norderstedt geplant. Der aktuelle Landesvorsitzende **Ralf Stegner** kündigte Anfang September an, nicht erneut kandidieren zu wollen. Stegner führt die Nord-SPD seit 2007. Seinen Posten als Fraktionschef im Landtag wolle er behalten.

**Rasmus Andresen**, Grünen-Abgeordneter aus Flensburg und Landtagsvizepräsident, wurde Ende September auf einem Landesparteitag in Harrislee als Kandidat für die Europawahl im kommenden Mai nominiert. Welchen Listenplatz er erhält, entscheidet sich auf der Bundesdelegiertenkonferenz im November in Leipzig.

**Bernd Heinemann**, SPD-Abgeordneter aus Kiel, vertritt den Landtag im „Political Strategic Board“ des „e-health for regions“-Netzwerkes. Sein Vertreter ist **Jörg Hansen** (FDP).

**Kai Dolgner**, SPD-Parlamentarier aus Osterrönnfeld, übernimmt übergangsweise den stellvertretenden Vorsitz im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) zur „Rocker-Affäre“. Er vertritt **Thomas Rother**, der sich „in einem längeren Genesungsprozess“ befindet, wie die Fraktion Ende August mitteilte. Neue SPD-Obfrau im PUA ist **Kathrin Wagner-Bockey**.

**Johann Wadehul**, von 2000 bis 2009 für die CDU im Landtag und seitdem im Bundestag, ist Ende September als stellvertretender Vorsitzender der Unionsfraktion bestätigt worden.

**Ulrike Rodust**, von 1993 bis 2008 für die SPD im Landtag und seitdem im EU-Parlament, ist Anfang Juli mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden.

**Reinhard Sager**, CDU-Abgeordneter von 1992 bis 2001 und seitdem Landrat von Ostholstein, ist Ende August in Ratzeburg in seinem Amt als Vorsitzender des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages bestätigt worden.

**Stefan Studt**, SPD-Innenminister von 2014 bis 2017, leitet seit Anfang September die Geschäftsführung der Bundesgesellschaft für Endlagerung. Zu deren Hauptaufgaben gehört es, bis 2031 Vorschläge für ein Atom-müll-Endlager zu unterbreiten.

**Manuela Söller-Winkler**, von 2014 bis 2017 Staatssekretärin im Innenministerium, ist seit Mitte August neue Landesvorsitzende der Opferhilfeorganisation „Weißer Ring“.

**Vivien Albers**

ist seit 1. Juli Pressesprecherin des Landtages. Die 33-jährige Medien- und Politikwissenschaftlerin war seit 2016 Presseferentin des Landtages. Zuvor absolvierte sie ein zweijähriges Volontariat in der Landtagsverwaltung. Ihr Vorgänger **Tobias Rischer** übernahm Anfang August die Leitung der Abteilung „Zentrale Dienste“ im Landtag. Er ist Nachfolger von **Karin Himstedt**, die die Abteilung seit 2013 geleitet hatte. Sie ist Anfang Juli in den Ruhestand gegangen. Die ehemaligen Kollegen wünschen alles Gute!



## Runde Geburtstage

**Hans Gerhard Ramler** aus Sierksdorf (Kreis Ostholstein), von 1971 bis 1987 für die SPD im Landtag, hat am 13. Juli seinen 90. Geburtstag gefeiert.

**Heide Simonis** aus Kiel, ehemalige Ministerpräsidentin und Deutschlands erste „Landesmutter“, hat am 4. Juli ihren 75. Geburtstag gefeiert. Nach zwölf Jahren im Bundestag war die SPD-Politikerin ab 1988 zunächst Finanzministerin und anschließend von 1993 bis 2005 Regierungschefin. Dem Landtag gehörte sie von 1992 bis 2005 an.

**Renate Gröpel** aus Lübeck, von 1996 bis 2005 für die SPD im Landtag, hat am 3. Juli ihren 70. Geburtstag gefeiert.

**Frauke Tengler** aus Eggebek (Kreis Schleswig-Flensburg), von 1996 bis 2009 für die CDU im Landtag, von 2005 bis 2009 Landtagsvizepräsidentin, hat am 11. September ihren 70. Geburtstag gefeiert.

**Veronika Kolb** aus Epenwörden (Kreis Dithmarschen), von 2002 bis 2005 für die FDP im Landtag, hat am 16. September ihren 70. Geburtstag gefeiert.

Herzlichen Glückwunsch!



# Schleswig-Holstein als Gegenpol zum „Berliner Hickhack“

Blick auf die politische Großwetterlage im Land und im Parlament

**Ministerpräsident Daniel Günther (CDU)** machte deutlich: „Schleswig-Holstein bleibt weltoffen, Schleswig-Holstein bleibt tolerant. Wir helfen Menschen in Not.“ Der Regierungschef bekannte sich damit zu einer humanitären Flüchtlingspolitik und unterstrich zugleich: Wir brauchen mehr Europa! Ein „Sich-zurückziehen auf den Nationalstaat“ sei der falsche Weg. Dies betone er auch stets in Gesprächen mit der dänischen Regierung: „Ich möchte, dass die Grenzkontrollen irgendwann wieder aufgehoben werden.“

„Selbstverständlich wird in diesem Parlament miteinander über den derzeitigen Weg diskutiert. Das gehört zur Demokratie dazu. Wir tun das aber auf Augenhöhe und mit Respekt voreinander.“  
(Ministerpräsident Daniel Günther, CDU)

Zweimal stand die Große Koalition in Berlin in den vergangenen Wochen vor dem Aus. Im Juli gab es Streit zwischen CDU und CSU über die Asylpolitik, der erst nach Nachtsitzungen, Ultimativen und heftigen Wortgefechten beigelegt wurde. Im September brachte die Diskussion über den Verfassungsschutzpräsidenten Hans-Georg Maaßen das Bündnis aus Union und SPD an den Rand des Scheiterns. Mit Blick auf die Anspannung in Berlin wird im Kieler Landtag parteiübergreifend unterstrichen: Der Norden macht mit einer anderen Tonlage Politik. Auch wenn Standpunkte weit auseinander liegen, kommt es hier nicht zu einer solchen Eskalation wie in der Bundeshauptstadt. Das wurde auch in der Juli-Tagung deutlich, als die Zwischenbilanz der Jamaika-Koalition auf der Tagesordnung stand. Die Regierungserklärung von Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) und die anschließende Debatte befassten sich grundsätzlich mit der politischen Atmosphäre in Schleswig-Holstein und in Deutschland.



**SPD-Oppositionsführer Ralf Stegner** unterstützte den Ministerpräsidenten in verschiedenen Punkten: „Sie haben uns an Ihrer Seite, wenn es um ein gemeinsames Europa geht, Sie haben uns an Ihrer Seite, wenn es um eine seriöse Politik für die Menschen in diesem Land geht.“ Die Jamaika-Koalition profitiere allerdings von der ehemaligen Regierung aus SPD, Grünen und SSW: „Wirklich vorzeigbar sind Ihre Ergebnisse mit wenigen Ausnahmen insbesondere da, wo Sie Schleswig-Holstein auf dem Kurs der Vorgängerregierung halten.“

„Es ist doch absurd zu glauben, dass in Quarnbek oder Süderlügum oder Borstel-Hohenraden die Menschen Angst vor der Islamisierung ihres Dorfes haben. Sie wollen, dass die Rente reicht, sie die Miete bezahlen können, die Arbeitsplätze sicher sind, die Ausbildung der Kinder vorankommt und die Pflege ihrer Eltern funktioniert.“  
(Ralf Stegner, SPD)

**Der CDU-Fraktionsvorsitzende Tobias Koch** lobte Jamaika im Norden als „echten Gegenentwurf zur Bundespolitik“. Der „faire und vertrauensvolle Umgang“ der drei Partner hebe sich „wohlwollend vom Berliner Hickhack ab“. Schleswig-Holstein habe sich als „Hort der Verlässlichkeit“ erwiesen. Allerdings habe die Regierungskrise in Berlin auch gezeigt, „wie fragil die politische Stabilität in Deutschland mittlerweile geworden und wie schnell die Errungenschaft der europäischen Einigung gefährdet ist“.

„Mit der Jamaika-Koalition haben wir gezeigt, dass unser Bündnis über die traditionellen politischen Lager hinweg eine reale Option darstellt. Was in Berlin leider nicht zustande gekommen ist, funktioniert in Schleswig-Holstein ausgeglichen und erfolgreich.“  
(Tobias Koch, CDU)



◀ Im Plenarsaal häufig unter sich: die AfD-Abgeordneten Frank Brodehl, Volker Schnurrbusch, Claus Schaffer und Jörg Nobis (im Uhrzeigersinn von links oben).



◀ Parteiübergreifende Gesprächsrunde im Plenarsaal: Katja Rathje-Hoffmann (CDU), Serpil Midyatli (SPD), Jette Waldinger-Thiering (SSW), Anita Klahn (FDP), Justizministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU).

**Christopher Vogt, FDP-Fraktionsvorsitzender**, bezeichnete die Kieler Regierungsarbeit als Gegenstück zur „Randale-Koalition“ in Berlin. „Wir kaschieren die Unterschiede nicht“, so Vogt. „Wir machen sie sichtbar und arbeiten daran, dass wir möglichst zügig zu guten Kompromissen zum Wohle unseres Bundeslandes kommen.“ Auf diese Weise sei es gelungen, die Investitionsquote auf zehn Prozent der Landesausgaben zu erhöhen, Schulen, Unis und Krankenhäuser zu sanieren und mehr Lehrer und Polizisten einzustellen.

„Eine Fusion der Jamaika-Parteien ist – zumindest von unserer Seite – nicht geplant. Wir nehmen aber die Herausforderungen gemeinsam an und finden immer wieder Lösungen.“  
(Christopher Vogt, FDP)

◀ Austausch am Rande der Sitzung: Oppositionsführer Ralf Stegner (SPD) und Ministerpräsident Daniel Günther (CDU).

**Der Vorsitzende des SSW im Landtag, Lars Harms**, zeigte „höchsten Respekt“ dafür, dass die Landesregierung auch Vorschläge aus der Opposition aufnehme: „Das ist nicht normal, das ist ungewöhnlich.“ Konkret seien der zusätzliche Feiertag am Reformationstag, dem 31. Oktober, und die Extra-Fördergelder für Tierheime auf SSW-Ideen zurückzuführen. Der gleichberechtigte Umgang mit der dänischen Minderheit sei ein Beispiel für gute Europa-Politik, lobte Harms und merkte an: „Wir brauchen Europa, europäische Zusammenarbeit und eine humanitäre Flüchtlingspolitik.“

„Es ist in der Tat so, dass, wenn wir aus der Opposition heraus mit Vorschlägen kommen, sie vernünftig betrachtet werden. Wir werden uns nicht in allen Dingen einig werden. Das kann man auch nicht verlangen. Wo man sich aber einig werden kann, wird ein Vorschlag durchaus aufgegriffen.“  
(Lars Harms, SSW)

**Eka von Kalben, Fraktionsvorsitzende, der Grünen**, zog insgesamt eine positive Jamaika-Bilanz. Untereinander herrschten „Wertschätzung und Vertrauen“, und es seien „gute Kompromisse“ erreicht worden. „Im Großen und Ganzen funktioniert unsere Zusammenarbeit sehr gut“, betonte von Kalben, obwohl „nicht immer alles Friede, Freude, Eierkuchen“ gewesen sei. Es sei „kein Geheimnis, dass wir Grüne uns im Umwelt- und Agrarbereich etwas mehr gewünscht hätten“. Das gelte auf anderen Politikfeldern aber auch für die beiden Koalitionspartner.

„Unser Heimatverständnis ist weltoffen und für alle: für diejenigen, die hier ihre Wurzeln haben, und für diejenigen, die erst als Kinder oder Erwachsene in unser Land kommen, um neuen Wurzeln zu schlagen.“  
(Eka von Kalben, Grüne)

**Jörg Nobis, Fraktionschef der AfD**, argwöhnte: „Geld ist der Kitt, der Jamaika zusammenhält.“ Die Regierung profitiere von der guten Konjunktur und den sprudelnden Steuereinnahmen. Ein Großteil dieses Geldes werde allerdings für die Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen ausgegeben: „Was hätten wir mit den 451 Millionen Euro erreichen können, die wir allein in diesem Jahr für die Asylkrise aufwenden müssen, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob jemand eine langfristige Bleibeperspektive hat oder nicht?“

„Die MS Schleswig-Holstein steuert auf unruhiges Wetter zu, und ich sehe nicht, dass Sie die politische Großwetterlage richtig erfassen und zu den notwendigen Schritten bereit wären. Ein Schiff steuert man nicht mit Scheinmoral, sondern mit klarem Blick für die Realitäten im Land.“  
(Jörg Nobis, AfD)



▶ Jamaika in Kiel: Grünen-Fraktionschefin Eka von Kalben und Sozialminister Heiner Garg (FDP).



„Heimat“ ist ein politischer Begriff – nicht erst, seit das Bundesinnenministerium sich offiziell „Ministerium des Innern, für Bau und Heimat“ nennt. Wir haben Anfang September auf der Landwirtschaftsmesse NORLA in Osterrönfeld nahe Rendsburg bei Besuchern des Landtagsstandes nachgefragt: Was bedeutet es für Sie, in Schleswig-Holstein Ihre Heimat zu haben? Was ist typisch für das nördlichste Bundesland? Und was unterscheidet die Schleswig-Holsteiner von den Menschen in anderen Regionen? Eine Erkenntnis: Alle Befragten freuen sich, im Land zwischen den Meeren mit seinen Stränden und grünen Wiesen zu Hause zu sein. Und viele meinen, dass am Klischeebild des trotzigsten und eigensinnigen Schleswig-Holsteiners durchaus etwas dran ist.



Ein Quiz mit kleinen Gewinnen und viele Gespräche gab es auch in diesem Jahr beim Infostand des Landtages auf der NORLA.



## Umfrage: Was ist typisch für Schleswig-Holstein?

„Wir sind stur aber herzlich, dickköpfig aber tolerant“

„Typisch für Schleswig-Holstein sind die beiden Küsten und die Landwirtschaft mit den blühenden Rapsfeldern. Wir haben auch schöne Wälder. Die Schleswig-Holsteiner sind schon ein eigenes Völkchen. Ich finde uns immer ein bisschen verschlossen, zum Teil eigenwillig. Viele gehen ihren ganz eigenen Weg. Ich selbst komme aus Hamburg, bin aber bekennende Schleswig-Holsteinerin. Ich bin mit Absicht aus Hamburg rausgezogen, weil ich schon immer aufs Land wollte.“

**Caren Meyer aus Tornesch**  
(Kreis Pinneberg)



„Ich finde es typisch, dass man die Leute hier erstmal gut kennen lernen muss, bevor man aufeinander zugeht. Aber dann ergibt sich auch eine wirkliche Freundschaft.“

**Claudia Walter aus Rendsburg**

„Was die Menschen im Norden auszeichnet, ist eine gelassene Toleranz. Da ist der skandinavische Einfluss spürbar. Der ist hier logischerweise stärker als in Bayern.“

**Sabine Ahrens aus Dithmarschen**

„Heimat ist da, wo man gerne ist. Wir haben lange Jahre an der Ostsee gewohnt, jetzt wohnen wir an der Nordsee. Das ist ein ganz anderer Schlag Menschen, selbst da gibt es Unterschiede. Was uns eint: Das platte Land ist herrlich, das Meer ist herrlich, egal wo Sie hinfahren. Und Dänemark ist in der Nähe. Wir haben auch mal für einige Zeit in Bayern gelebt. Die Menschen sind dort herzlich, anders als wir – wir sind eher zurückhaltend, und dort kommen sie auf einen zugepölkert. Aber die Berge – das ist nichts. Die sind schön zum Anschauen, aber dann kann man auch gerne wieder nach Hause fahren.“

**Familie Schröder aus Nordhastedt**  
(Kreis Dithmarschen)



„Ich finde nicht, dass wir so norddeutsch-stur sind, wie immer gesagt wird. Das ist nicht so. Wir sind aufgeschlossen und offen für Neues. Wenn wir mit der Familie im Urlaub waren und wenn man uns fragte, wo wir herkommen, dann haben wir schon oft gehört: Ihr seid aus Schleswig-Holstein? Ihr seid gar nicht so stur, wie man immer denkt! Wir gehen vielleicht nicht sofort auf die Menschen zu, wie es die Italiener oder die Spanier tun. Es dauert eben ein bisschen, bis man sagt: Die könntet mir sympathisch sein.“

**Silke Tondern aus Marne**  
(Kreis Dithmarschen)



„Die Menschen hier sind auf jeden Fall anders als in anderen Teilen Deutschlands. Hart aber herzlich. Und trocken.“

**Thomas Kempin aus Schleswig**

„Die Menschen sind hier nicht oberflächlich. Es dauert zwar, bis man miteinander in näheren Kontakt kommt, aber wenn das passiert, dann hat man auch einen Freund fürs Leben. Wir arbeiten in einer Bildungseinrichtung mit Jugendlichen, die es mit dem Lernen nicht so leicht haben, und auch mit neuen Mitbürgern. Die sind heute auf der NORLA mit dabei und sind ausgeströmt, um Land und Leute kennenzulernen. Mal sehen, was die hier für Erfahrungen machen.“

**Kirsten Brandt aus Schleswig**

„Die eine typische Landschaft, die gibt es in Schleswig-Holstein nicht. Ich stamme von der Ostseeküste, aus dem Kreis Plön, und wohne seit einiger Zeit an der Nordsee. Ich muss sagen: Die Ostküste ist schöner. Die Landschaft mit den Hügeln und den Seen gefällt mir besser, und man hat diese schönen breiten Sandstrände. Die gibt es an der Westküste auf dem Festland ja nur in St. Peter-Ording. Und das Klima an der Ostsee ist angenehmer, nicht so rau und so kühl.“

**Klaus Schimmel aus Bredstedt  
(Kreis Nordfriesland)**

„Ich lebe gerne in Schleswig-Holstein. Nordsee und Ostsee – wir haben alles. Wir haben sogar einen kleinen Berg. Und es ist hier nicht so überlaufen.“

**Inga Wulf aus Henstedt-Ulzburg**



„Viele Deiche, Schafe auf dem Deich, Landwirtschaft und die Vielfältigkeit, die hier auch auf der NORLA abgebildet wird, das ist für mich Schleswig-Holstein. Die Menschen hier sind zurückhaltender, nicht ganz so offen und bleiben gerne unter sich. Das ist aber nur die Außenwirkung. Innendrin sind alle sehr offen und freundlich.“

**Katharina Vogel aus Emmelsbüll-Horsbüll  
(Kreis Nordfriesland)**



„Ich bin gebürtiger Schlesier, im Sauerland aufgewachsen und dann zur Marine nach Kiel gekommen. Dort habe ich meine Frau kennengelernt, eine echte Kieler Sprotte. Das ist Jahrzehnte her, ich fühle mich inzwischen als Schleswig-Holsteiner. Dass es hier nur flaches Land geben soll und dass man am Montag schon weiß, wer am Wochenende zu Besuch kommt, das stimmt in keiner Weise. Da muss man wirklich schon direkt oben an der Nordseeküste wohnen. Bei mir in Kropp ist es hügelig, die Hüttener Berge sind in der Nähe, und es gibt genug Wald. Die Menschen hier sind sturer, dickköpfiger als anderswo. Wenn ich da nur an meinen Sohn denke...“

**Gerhard Mrozik aus Kropp  
(Kreis Schleswig-Flensburg)**

## Hilfe nach der Hitze

Nach dem Hitzesommer gibt es politische Rückendeckung für die Bauern im Lande.

Der heiße Sommer und seine Auswirkung auf die Landwirtschaft waren ein zentrales Thema auf der NORLA in Rendsburg Anfang September. Landtagspräsident Klaus Schlie forderte bei der Eröffnung der Agrarmesse rasche Hilfen: „Das, was wir hier im Land tun können, muss getan werden.“ Ähnliche Appelle gab es wenige Tage darauf im Landtag. Heiner Rickers (CDU) regte Abschlagszahlungen des Landes an, die noch vor Ende des Geschäftsjahres fließen sollen: „Es nützt niemandem, wenn das Geld erst im Spätsommer nächsten Jahres kommt.“ Vor einem Höfesterben warnte Kirsten Eickhoff-Weber (SPD): „Tun Sie jetzt etwas

für die Bauern!“, appellierte sie an die Landesregierung.

Ende September beschloss das Kabinett, sich am Bund-Länder-Programm für die Dürrehilfen zu beteiligen. Zehn Millionen Euro stellt das Land bereit, der Bund gibt die gleiche Summe. Die Betriebe müssen

allerdings Voraussetzungen erfüllen. Die Schäden müssen über 30 Prozent des Durchschnittsertrags liegen, Landwirte mit hohem Privatvermögen müssen zunächst auf eigene Reserven zurückgreifen, und der Betrieb muss auch ohne die Hilfen überlebensfähig sein.

Ein Präsident und zwei Adlige:  
Bei seinem NORLA-Rundgang traf  
Landtagspräsident Klaus Schlie die  
nordfriesische Lammkönigin Marleen  
Westensee (li.) sowie Lammpinzessin  
Heike Marit Carstensen.



## Platt-Schulbuch für die Klassen 3 und 4

„Paul un Emma“ erklären die plattdeutsche Sprache jetzt auch für Dritt- und Viertklässler. Anfang September wurde das neue Schulbuch „Paul un Emma un ehr Frünnen“ im Niederdeutsch-Beirat des Landtages vorgestellt. Das Buch wurde von der Abteilung für Niederdeutsche Sprache und Literatur und ihre Didaktik der Europa-Uni Flensburg erarbeitet und ergänzt den 2015 erschienenen Band „Paul un Emma snackt plattdöötsch“, der die Sprache für Erst- und Zweitklässler aufbereitet.

Das neue Werk im A4-Format umfasst 176 Seiten und 16 Lektionen. Es präsentiert Platt als moderne Alltagssprache und greift die Lebenswelt der Kinder auf: Schule, Familie, Freizeit, Natur und Technik. „Ut de Smartphone ward bi uns een Plietschfon“, erklärt Marianne



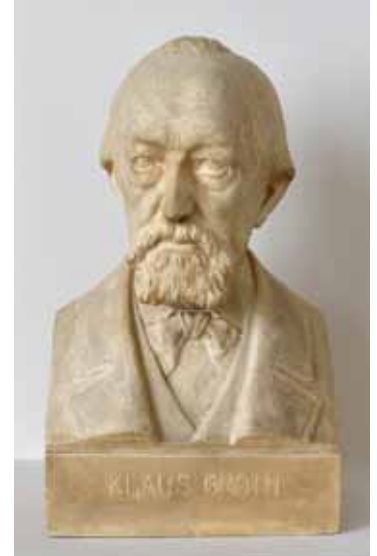
Ehlers, eine der Autorinnen. Zusätzlich sind Arbeitsbögen für die Schüler geplant, ebenso wie Audio-dateien der Lektionen. Das Buch ist im Quickborn-Verlag erschienen ([www.quickborn-verlag.de](http://www.quickborn-verlag.de)).

Der Platt-Unterricht an den weiterführenden Schulen nimmt unterdessen Gestalt an. Ein Erlass, wie der Unterricht in der Sekundarstufe gestaltet werden soll, sei in Arbeit, berichtete Hans Stäcker aus dem Bildungsministerium im Niederdeutsch-Gremium.

## 2019 wird zum Klaus-Groth-Jahr

Er machte das Niederdeutsche im 19. Jahrhundert zur Literatursprache: Klaus Groth, geboren am 24. April 1819 in Heide. Anlässlich seines 200. Geburtstages stehen im kommenden Jahr zahlreiche Gedenkveranstaltungen an.

Im Landtag sind am Dienstag, den 17. September 2019, um 18:00 Uhr Rezitationen und ein musikalisches Rahmenprogramm geplant. Groth (1819 bis 1899) lebte ab 1853 in Kiel, nur wenige hundert Meter vom heutigen Landeshaus entfernt. In seiner Heimatstadt Heide steht am 24. April ein Festakt auf dem Programm, die Klaus-Groth-Gesellschaft wird ihr Jahrestreffen am 27. und 28. April in der Dithmarscher Kreisstadt abhalten und arbeitet an einer Festschrift. Die Kieler Landesbibliothek plant für den 1. Juni, Klaus Groths Todestag, eine Ausstellung mit wissenschaftlichem Begleitprogramm. „Dat ganze Johr gifft dat Groth“, betonte Robert Langhanke, Vorsitzender der Groth-Gesellschaft, Anfang September im Niederdeutsch-Beirat des Landtages.



Die Büste des Kieler Bildhauers Heinrich Mißfeldt zeigt den Lyriker und Schriftsteller Klaus Groth. Die Plastik gehört der Landesbibliothek.

## 100 Jahre Volksabstimmung: Bürgerfest, Lesungen, Schülerbotschafter

**Die Ereignisse des Jahres 1920 prägen auch heute noch den Norden Schleswig-Holsteins. Damals wurde per Volksabstimmung die deutsch-dänische Grenze festgelegt. Für das Jubiläumsjahr 2020 sind zahlreiche Projekte in Vorbereitung. Auch Landtag und Landesregierung planen Veranstaltungen.**

So soll es im Sommer 2020 ein Bürgerfest in Flensburg geben, berichtete Landtagsdirektor Utz Schliesky Ende August im Europaausschuss. Ein genauer Termin werde noch gesucht, es zeichne sich aber der 22. oder 23. August ab. Zudem wolle das Parlament einen gemeinsamen Festakt mit dem Bundestag und dem dänischen Folketing im Kieler Landeshaus ausrichten. Daneben sind szenische Lesungen an fünf Orten im Grenzland geplant. Zu den Büchern, die das Thema Grenzziehung 1920 behandeln, zählt der Roman „Riss durchs Festland“ des gebürtigen

Nordfriesen Uwe Pörksen. Schüler von Minderheitenschulen im Grenzland werden als „Botschafter“ der kulturellen Vielfalt Jugendliche an Mehrheitsschulen besuchen. Und: Landtagspräsident Klaus Schlie und Ministerpräsident Daniel Günther werden gemeinsam an verschiedenen Orten in der Region Station machen.

### „Deutsche und dänische Perspektiven sind unterschiedlich“

Schliesky leitet gemeinsam mit dem Chef der Staatskanzlei Dirk Schrödter das Organisationskomitee, das die Projekte im Jubiläumsjahr koordiniert. Das Gremium wählte für die Feierlichkeiten das Motto „Selbstbestimmung – Identität – europäische Zukunft“. Auf dänischer Seite wird die Abtretung des vormals deutschen Nordschleswig an Dänemark als „Wiedervereinigung“ gefeiert. Das Königreich plant unter anderem einen Staatsakt an den Düppeler Schanzen.

Der Landtagsdirektor gestand, dass sich „die historische Sicht Schleswig-Holsteins auf die Dinge von der dänischen unterscheiden mag“. Aber, so Schliesky: „Wir kommen leicht auf 100 gemeinsame Gründe, die friedliche und partnerschaftliche Basis mit Dänemark zu feiern.“

Die Grenzziehung am 15. Juni 1920 basierte auf Volksabstimmungen, die im Januar und Februar 1920 im Grenzland abgehalten wurden. Die Referenden, die auch in anderen deutschen Grenzregionen einberufen wurden, waren eine Vorgabe des Versailler Friedensvertrages am Ende des Ersten Weltkriegs. Ein Ergebnis der Abstimmung im Norden Schleswig-Holsteins war, dass kulturelle und sprachliche Minderheiten auf beiden Seiten der neuen Grenze entstanden. Zuvor hatte das gesamte Herzogtum Schleswig ab 1864 zu Preußen und zum Deutschen Kaiserreich gehört, davor war es in Personalunion mit der dänischen Krone verbunden.



# „Vorreiter- Funktion“ kontra „Symbolpolitik“

Debatte um Minderheiten-Artikel  
im Grundgesetz

Die Landesverfassung garantiert den nationalen Minderheiten und Volksgruppen „Schutz und Förderung“. Gehört ein solcher Passus für Dänen, Friesen, Sinti und Roma sowie die in Sachsen und Brandenburg heimischen Sorben auch ins Grundgesetz? SSW und SPD riefen die Landesregierung bereits im März auf, sich im Bundesrat dafür einzusetzen. Der Europaausschuss bat im September zunächst die Landesregierung, Unterstützer in anderen Bundesländern zu suchen. Denn das Anliegen ist bereits zweimal in der Länderkammer gescheitert.

Unter Experten ist die Meinung gespalten. Befürworter erhoffen sich, dass die Interessen der seit Jahrhunderten in Deutschland lebenden Minderheiten stärker wahrgenommen werden. Skeptiker wenden hingegen ein: Artikel 3 des Grundgesetzes verbiete bereits jetzt jede Form von Diskriminierung aufgrund von Sprache, Heimat und Herkunft. Es gebe daher keinen Handlungsbedarf.

Beide Positionen werden in den Stellungnahmen deutlich, die der Innen- und Rechtsausschuss eingeholt hat.

**Pro** „Schleswig-Holstein könnte mit einer entsprechenden Initiative (wieder einmal) Vorreiter für den Minderheitenschutz in Deutschland sein.“

**Ulrich Delius, Direktor der Gesellschaft für bedrohte Völker, Göttingen**

**Kontra** „Das Grundgesetz ist in erster Linie ein Rechtstext. In ihm werden mit den Grundrechten subjektive Rechte der Bürgerinnen und Bürger sowie Pflichten des Staates geregelt, anerkannte Verfassungsprinzipien (Republik, Rechtsstaat, Demokratie,



Ausdruck der kulturellen Vielfalt in Schleswig-Holstein:  
Die Årsmøde, das Jahrestreffen der dänischen Minderheit in Flensburg

Bundesstaat, Sozialstaat) verankert und Kompetenzen zwischen Bund und Ländern verteilt. Programmsätze, die weitgehend symbolischen Charakter haben, sind für eine Verfassung ungeeignet.“

**Prof. Bernd Fabritius, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten**

**Pro** „Es würde unserem Land, das durch das harmonische, bereichernde Zusammenleben von Mehrheiten und Minderheiten ein anerkanntes, profilbildendes Alleinstellungsmerkmal hat, gut zu Gesicht stehen, wenn die Landesregierung nun auch auf Bundesebene die Initiative für die Verankerung der Minderheitenrechte im Grundgesetz ergreift.“

**Jens A. Christiansen, Sydslesvigsk Forening, Flensburg**

**Pro** „Der 2018 geschlossene Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD bekennt sich zu Schutz und Förderung der nationalen Minderheiten in Deutschland. Da in dem Koalitionsvertrag auf anderen Gebieten ohnehin Änderungen des Grundgesetzes vorgesehen sind, erscheint es angebracht, im Sinne einer modernen Minderheitenpolitik jetzt auch eine Bestimmung zugunsten der nationalen Minderheiten in Deutschland aufzunehmen.“

**Prof. Thomas Steensen, Nordfriisk Instituut, Bredstedt**

**Kontra** „Das Grundgesetz hat eine starke individualrechtliche, bürgerliche Prägung und demnach stellt sich die Frage, ob eine detaillierte Regulierung des Minderheitenschutzes im Einklang mit dem Geist des Grundgesetzes stehen würde.“

**Prof. Tove Malloy, European Center for Minority Issues, Flensburg**

**Pro** „Eine Minderheit ist mehr als die Summe ihrer Individuen. Ein rein individualrechtlicher Schutz, wie er von Artikel 3 GG gewährt wird, ist für die Rechtssicherheit von Minderheiten nicht ausreichend. Der Minderheitenschutz muss als verbindlicher Verfassungsauftrag im Grundgesetz verankert werden. Es geht um die Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland, Minderheiten als Gesamtheit zu schützen.“

**Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, Heidelberg**

**Pro** „Von einer Aufnahme in das Grundgesetz erhofft sich der Friesenrat mehr Rückendeckung für bisher ungelöste Probleme, deren Lösung von existenzieller Bedeutung für den Fortbestand der friesischen Sprache und Kultur ist: Friesisch als fester Bestandteil des Lehrplans an allen Schulen in Nordfriesland, größere Medienpräsenz in den gebührenfinanzierten Medienanstalten.“

**Ilse Johanna Christiansen, Friesenrat, Bredstedt**

## Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

In dieser Serie blicken wir ins Archiv und spüren nach, was den Landtag in vergangenen Zeiten beschäftigt hat.  
2007 engagierten sich zehntausende Schleswig-Holsteiner für den Erhalt ihrer Landkreise.  
1950 wollte die Politik evakuierte Hamburger und Ruhrgebietler loswerden.

# 2007 Landkreise sind mehr als Verwaltungseinheiten

Schleswig-Holsteiner sind immer auch Lübecker oder Kieler, Flensburger oder Friesen, Dithmarscher oder Lauenburger. Für viele Menschen ist die Heimatregion eine Wurzel der Identität. Das bekam die Landespolitik im Jahr 2007 zu spüren, als die CDU/SPD-Koalition eine tiefgreifende Verwaltungsreform in Angriff nahm, um den klammen Haushalt zu entlasten. Die Reaktion war ein Murren im Lande und eine Volksinitiative, die binnen weniger Wochen zehntausende Stimmen gegen den Zusammenschluss von Landkreisen sammelte. Ergebnis: Aus der geplanten Kommunalreform wurde nichts. Zu ihrem Scheitern trug auch das schlechte Klima in der Großen Koalition bei.

„Wir wollen die Verwaltung des Landes und der Kommunen grundlegend modernisieren.“ So stand es auf Seite 1 des Koalitionsvertrages von CDU und SPD. Ein Auslöser für den Reformeifer waren tiefrote Zahlen. Knapp 1,5 Milliarden Euro neue Schulden nahm das Land im Jahr 2005 auf, als die Koalition geschlossen wurde. „Das zwingt uns zum Handeln“, erklärte Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU). Das Ziel: Aufgaben bündeln, Personal abbauen, Kosten senken.

Als Wegweiser holte das Kabinett Gutachten von namhaften Verwaltungsexperten ein. Einige der Professoren sagten jährliche Einsparungen im dreistelligen Millionen-

bereich voraus. Angesichts der Sparvorgaben spottete die SSW-Abgeordnete Anke Spoorendonk im Frühjahr 2007: „Wenn es nur um das Geld geht, wäre ein einziger Kreis in Schleswig-Holstein die billigste Lösung.“

Im Gespräch waren Zusammenschlüsse der Stadt Flensburg mit dem umliegenden Landkreis und von Neumünster mit dem Kreis Segeberg. Oder auch von Plön mit Ostholstein und Dithmarschen mit Steinburg. Prof. Helmut Seitz aus Dresden, einer der befragten Fachleute, meinte, es hätten lediglich „20 Prozent der Bevölkerung eine sehr enge Orts- bzw. Regionalgebundenheit“. Deswegen „können die vielfach sehr emotional vorgetragenen Argumente der regionalen

Identität oder der Heimatverbundenheit von keiner gewichtigen Bedeutung“ sein.

### Heimatliebe oder Populismus?

„Hat dieser Gutachter nicht mitbekommen, was in Dithmarschen, in Nordfriesland oder im Herzogtum Lauenburg los ist?“, schimpfte FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki, ein entschiedener Reformgegner. Kubicki spielte auf die bunte Gegenbewegung an, die sich insbesondere an der Westküste formierte. In der ehemaligen Bauernrepublik Dithmarschen, die schon im Mittelalter ein eigenes politisches Gebilde war, warben die Fusionsgegner mit Autofahnen, Aufklebern und Schals in rot weißem Lokalkolorit für ihr Anliegen. „Der Verkauf brummt“, stellte Kubicki fest.

Parallel sammelte die „Volksinitiative gegen die Zusammenlegung von Kreisen ohne deren Zustimmung“ binnen weniger Wochen rund 32.000 Unterschriften, davon knapp 4.000 allein in Heide, und lieferte sie im Büro von Landtagspräsident Martin Kayenburg ab. „Das Anliegen der Volksinitiative ist aus tiefem Herzen kommend“, merkte Werner Kalinka (CDU) an: „Das Ja zur Heimat, das Ja zu gewachsenen Strukturen, das Ja zu Dithmarschen.“ Klaus-Peter Puls (SPD) ärgerte sich dagegen über das „regional-opportunistische Einzelbegehren“. Eine Neuregelung, von der das ganze Land profitiere, werde „durch lokalpatriotische



Zehntausende Unterschriften, überwiegend aus Dithmarschen, lieferten Vertreter der Volksinitiative gegen eine Kreisform im Dezember 2006 beim damaligen Landtagspräsident Martin Kayenburg (li.) ab. Unter den Reformgegnern: der heutige FDP-Landtagsabgeordnete Oliver Kumbartzky (z. v. li.) und die ehemalige FDP-Parlamentarierin Veronika Kolb (Mitte).



oder regionalfürstliche Interessen blockiert“. Der Grünen-Fraktionsvorsitzende Karl-Martin Hentschel warf der FDP vor, „puren Populismus zu zelebrieren, um der Union ein paar enttäuschte Wählerinnen und Wähler in Dithmarschen abzujagen“.

Moderater gab sich SPD-Fraktionschef Lothar Hay, ein gebürtiger Nordfries: „Als ich geboren wurde, gab es den Kreis Nordfriesland noch gar nicht, es gab den Kreis Husum.“ 1970, als der Kreis Nordfriesland entstand, habe er schon in Flensburg gewohnt, so Hay: „Daran können Sie ermessen, dass die Identität, ob ich Nordfries bin oder nicht, nichts mit Verwaltungsstrukturen zu tun hat. Ich werde mein Leben lang gebürtiger Nordfries bleiben, wie immer dieser Kreis auch in Zukunft heißen mag.“

### Eine „doppelte“ Regierungserklärung

Die Volksinitiative fiel im Landtag zwar durch – CDU, SPD und Grüne votierten dagegen. Aber sie erreichte schließlich doch ihr Ziel. Landesweit gab es Proteste an der Parteibasis von Union und Sozialdemokraten, und in Kiel wuchsen die Spannungen im Regierungsbündnis. Innenminister Ralf

15 Landkreise,  
vier kreisfreie Städte:  
Diese Einteilung gilt  
im Lande seit einer  
Strukturreform im  
Jahr 1970.



Stegner (SPD) gab im Landtag am 12. September 2007 eine eigene Regierungserklärung ab, nachdem Ministerpräsident Carstensen unmittelbar zuvor bereits für die Verwaltungsreform geworben hatte. Stegner schloss einen radikalen Umbau mit nur noch vier bis sechs Kreisen nicht aus: „Wir sollten nicht vorzeitig Beruhigungsspillen verteilen.“ Carstensen hatte dagegen betont: „Großkreise wird es in Schleswig-Holstein nicht geben.“ Die „doppelte Regierungserklärung“ bleibt bis heute einmalig in der Parlamentsgeschichte. In der CDU warf man Stegner

„Provokationen“ vor. Während die Presse über Neuwahlen speulierte, drängte die Union den SPD-Ressortchef zum Amtsverzicht. Nachfolger als Innenminister wurde im Januar 2008 der langjährige Fraktionsvorsitzende Hay.

Angesichts des schwarz-roten Zerwürfnisses geriet die Großreform unter die Räder. Als die Koalition im Sommer 2009 endgültig zerbrach, hatten die Dithmarscher ihre Autofahrten längst eingerollt. Eine Abschaffung ihres Kreises war schon lange kein Thema mehr.

## 1950 Großstädter raus?

**Auch wer schon seit Jahren im Lande lebte, galt im November 1950 noch lange nicht als Schleswig-Holsteiner. Der Landtag forderte damals einmütig die Rückreise von Menschen, die vor dem Bombenkrieg in den Norden geflohen waren. Die Debatte zeigte: In Zeiten der Not ist jeder sich selbst der Nächste. Auch innerhalb des Landes gab es Verteilungskämpfe.**

Das ländliche Schleswig-Holstein wurde gegen Ende des Zweiten Weltkriegs zum Fluchtpunkt für Heimatvertriebene und Ausgebombte. Nicht nur eine Millionen Ostpreußen, Pommern und Schlesier kamen ins Land, sondern auch hunderttausende westdeutsche Großstädter. Die Neuankömmlinge wohnten in Notunterkünften oder wurden bei Einheimischen einquartiert. Jahre später, Ende 1950, lebten nach wie vor etwa 100.000 Menschen aus Hamburg und dem Ruhrgebiet zwischen Nord- und Ostsee. Nun sei es aber an der Zeit, forderte der SPD-Abgeordnete Rudolf Basedau am 15. November 1950 im Landtag, dass die Hansestadt und das Land Nordrhein-Westfalen ihre „minderbemittelten Landeskinder zurücknehmen“. Die „während des Hitler-Krieges nach Schleswig-Holstein evakuierten Einwohner“ sollten unverzüglich zurückkehren, und Schleswig-Holstein sei

„angemessen zu entschädigen“. Bei der Regierungskoalition aus CDU, FDP, Deutscher Partei (DP) und der Vertriebenenpartei BHE liefen die Sozialdemokraten offene Türen ein. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

### Sticheleien gegen Kiel

Allerdings stichelte der Glücksburger CDU-Abgeordnete Kai-Uwe von Hassel auch gegen die eigene Landeshauptstadt: Landauf, landab gebe es „die gleichen Schwierigkeiten, wenn Evakuierte aus Kiel zurückkehren wollen“. Der spätere Ministerpräsident rechnete vor: „Wir haben im Landkreis Flensburg 1.045 Evakuierte aus Hamburg, 507 aus anderen Ländern und 1.430 aus Schleswig-Holstein, und zwar im Wesentlichen aus Kiel.“ Das ganze Land würde es „begrüßen“, so von Hassel, wenn die Kieler in ihre Heimatstadt

zurückkehrten. Dieser Seitenhieb rief den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt auf den Plan. Andreas Gayk, zugleich SPD-Landtagsabgeordneter, hielt dagegen: „Sie wissen, dass Kiel zu 80 Prozent zerstört ist, zu 50 Prozent total, und dass wir 54.000 Heimatvertriebene aufgenommen haben.“ Wenn die Regierung die ausgesiedelten Hauptstädter nach Hause bringen wolle, könne sie ja „eine bestimmte Summe für den Wohnungsbau in Kiel bereitstellen“.



Wies auf die Wohnungsnot in der Landeshauptstadt hin: der Kieler Oberbürgermeister Andreas Gayk (SPD).



## Freude im Landeshaus: Haithabu und Danewerk sind „Weltklasse“

Die Wikingerstätten Haithabu und Danewerk gehören seit Ende Juni zum Welterbe der UNESCO. Die Kulturorganisation der Vereinten Nationen hat damit nach der Lübecker Altstadt und dem Wattenmeer eine dritte schleswig-holsteinische Sehenswürdigkeit ausgezeichnet. Landespolitiker reagierten mit großer Freude und betonten: Der neue Titel sei Ehre und Verpflichtung zugleich.

Bildungsministerin Karin Prien (CDU) jubelte: „Das ist Weltklasse!“ und sprach von einer wegweisenden Entscheidung für das kulturelle Erbe des Landes. „Wir haben die Aufgabe, es zu erhalten, es der Öffentlichkeit zu präsentieren, die Forschung darüber voranzubringen“, so die Ministerin. Martin Habersaat (SPD) sah ebenfalls einen „Riesenerfolg“ und hoffte „auch künftig auf stattliche Besucherzahlen“. Für Christopher Vogt (FDP) stand fest: „Schleswig-Holstein ist etwas ganz besonderes und mit seiner spannenden Geschichte immer einen Besuch wert.“ Und Volker Schnurrbusch (AfD) merkte an: „Beide Bauwerke unterstreichen das weit zurückreichende kulturelle Erbe in unserem Bundesland.“ Jette Waldinger-Thiering (SSW) wies auf den Anteil der dänischen Minderheit hin, etwa der Sydslesvigsk Forening, die das Danewerk-Museum betreibt. Der aktuelle Erfolg zeige, „wie weit wir es als Deutsche und Dänen gebracht haben“.

Seit einem Landtagsbeschluss im Jahr 2004 hatte das Archäologische Landesamt in Schleswig unter seinem langjährigen Leiter Claus von Carnap-Bornheim den Welterbeantrag vorbereitet. Einen internationalen Anlauf von Wikingerstätten gemeinsam mit Island, Dänemark, Lettland und Norwegen hatte das UNESCO-Komitee 2015 noch zurückgewiesen. Die Schleswig-Holsteiner machten aber weiter und gingen mit einem Einzelantrag an den Start – mit Erfolg.

Die Befestigungsanlage Danewerk und der Handelsplatz Haithabu gehören zu den bedeutendsten archäologischen Zeugnissen Nord-europas. Das Danewerk (oben) bestand im frühen Mittelalter aus Erdwällen, Mauern, Gräben und einem Sperrwerk in der Schlei. Das Verteidigungssystem sicherte die Südgrenze des dänischen Reichs. Die Wikingerstadt Haithabu bei Schleswig war vom 8. bis zum 11. Jahrhundert eines der bedeutendsten Handelszentren im Ostseeraum. Sein Hafen war Umschlagplatz für Waren aus Nord- und Mitteleuropa sowie Vorderasien. Das untere Bild zeigt die rekonstruierten Wikinger-Häuser, die einen kleinen Teil der mittelalterlichen Stadt wiedergeben.

## „Haus der Landesgeschichte“ soll 2019 Gestalt annehmen

Ein 15-köpfiger Beirat soll bis Anfang 2019 ein Konzept für ein schleswig-holsteinisches „Haus der Landesgeschichte“ vorlegen. Das geht aus einem Papier des Bildungsministeriums vor, das der Bildungsausschuss angefordert hatte. Damit tritt die seit Jahren laufende Diskussion in eine neue Phase ein.

Der Beirat aus Historikern, Archivaren sowie den kulturpolitischen Sprechern der Landtagsfraktionen hat sich im Juni erstmals getroffen. Vorsitzender ist der Kieler Landeshistoriker Prof. Oliver Auge. Die Vorschläge des Gremiums sollen zu Beginn des kommenden Jahres Grundlage für einen „öffentlichen Dialog“ sein. Ab dem Frühjahr 2019

soll das „Haus der Landesgeschichte“ dann konkrete Formen annehmen.

Nachdem ein erster Anlauf im Jahr 2003 aus Geldmangel zu den Akten gelegt wurde, hatte sich der Landtag im Juli 2017 einstimmig für eine solche landesgeschichtliche Erinnerungsstätte ausgesprochen. Umstritten blieben jedoch der Standort und die inhaltliche Ausrichtung. Bildungsministerin Karin Prien (CDU) bezeichnet in ihrem Bericht nun einen kostspieligen Neubau als „unrealistisch und nicht zeitgemäß“ und macht sich für die „Anbindung an einen bestehenden Ort“ stark. Im Gespräch ist dem Vernehmen nach das Landesmuseum Schloss Gottorf in Schleswig, das bis 2025 grundüberholt wird. Aber auch die Kieler Landesbibliothek macht

sich Hoffnung. Die Inhalte sollen jedoch nicht nur vor Ort, sondern auch im digitalen Raum erlebbar sein. Es gebe „eine Vielzahl technischer Möglichkeiten, die nicht nur schneller und kostengünstiger umzusetzen sind, sondern auch eine größere Reichweite mit sich bringen“, heißt es in dem Ministeriumspapier. Inhaltlich soll sich die Einrichtung auf die jüngere Geschichte konzentrieren und die kulturelle Vielfalt des Landes abbilden. „Ein großer Teil der Bevölkerung im ländlichen Raum blickt auf eine jahrhundertelange zu meist bäuerlich geprägte Familiengeschichte zurück“, betont die Bildungsministerin. Daneben gebe es die Minderheiten der Dänen, Friesen sowie der Sinti und Roma, die deutschen Ostflüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg, die „Gastarbeiter“ der 1950er und 60er Jahre und die Migranten der jüngsten Zeit. Das „Haus der Geschichte“ müsse den Anspruch haben, „all diesen Strängen genug Raum zu geben“.



## Meldungen für das Ehrenamt



Viele Beschlüsse, die der Landtag fasst, haben direkte Auswirkungen auf Kommunalpolitik, Vereinsarbeit und Bürgerinitiativen.

Auf dieser Seite finden ehrenamtlich engagierte Bürger diese Themen im Überblick.

**Steuerbefreiung für Vereine:** Kleine Vereine sollen von steuerrechtlichen Pflichten entlastet werden. Eine entsprechende Bundesratsinitiative hat Schleswig-Holstein gemeinsam mit zehn weiteren Bundesländern Anfang Juli in die Länderkammer eingebracht. Mit dem Vorstoß soll die Einnahmengrenze für die Befreiung von der Körperschafts- und der Gewerbesteuer von derzeit 35.000 Euro auf 45.000 Euro erhöht werden. Ziel ist es, Ehrenamtler von Bürokratie zu entlasten. Vereine müssen beispielsweise auf die Erlöse in Vereinsheimen oder für Anzeigen in Vereinszeitschriften Steuer zahlen, wenn die Freigrenze überschritten wird. Steuerfrei sind hingegen Einnahmen, die sich aus der Satzung gemeinnütziger Vereine ergeben, etwa Mitgliedsbeiträge. Die Freigrenze wurde zuletzt im Jahr 2007 angepasst. Nun berät der Finanzausschuss des Bundesrates. Zudem muss auch der Bundestag einen entsprechenden Beschluss fassen, damit die Abgabenordnung geändert werden kann.

**Waldkindergärten:** Schleswig-Holstein setzt weiterhin auf die naturpädagogische Arbeit seiner rund 200 Waldkindergärten. Damit die Einrichtungen die dort aufgestellten Unterstände und Bauwagen weiterhin nutzen können, hat der Landtag im Juli einer von der Landesregierung eingebrachten Änderung des Waldgesetzes zugestimmt. Nunmehr ist die Erziehung und Bildung von Kindern in naturnahen Kitas explizit als Zweckbestimmung festgeschrieben. Damit ist laut Umweltministerium klargestellt, dass Waldkindergärten mit bestehenden Flächennutzungsplänen vereinbar sind und eine Änderung der Bauleitplanung im Regelfall entbehrlich wird.

Hintergrund der Gesetzesänderung ist, dass das Baurecht in der Vergangenheit für Konflikte zwischen Kitas und Behörden gesorgt hatte. Einigen Waldkindergärten war die Erlaubnis entzogen worden, einen Bauwagen auf ihrem Gelände aufzustellen.

**Rettungsdienst:** Der Landtag hat Anfang September mit großer Mehrheit das Rettungsdienstgesetz geändert. Lediglich SPD und SSW enthielten sich und warnten vor Nachteilen für das Ehrenamt und für die Opfer von Naturkatastrophen durch einen Passus im neuen Gesetz.

Bei dem Streit geht es um die Auftragsvergabe beim Katastrophenschutz. Die beiden Oppositionsparteien befürchten, dass die zuständigen Landkreise künftig kostengünstigere private Anbieter bevorzugen könnten, zulasten der klassischen Hilfsorganisationen wie Rotes Kreuz, Malteser oder Johanniter. Ein „leistungsfähiger Katastrophenschutz“ bei Schneekatastrophen oder Hochwasser sei aber „nur mit vielen qualifizierten Ehrenamtlern“ möglich, mahnte der SPD-Abgeordnete Bernd Heinemann. Sozialminister Heiner Garg (FDP) verwies auf eine EU-Richtlinie zum Vergaberecht aus dem Jahr 2016. Es sei umstritten, welche Auswirkungen die Richtlinie auf den Katastrophenschutz hat. Dies werde derzeit vom Europäischen Gerichtshof geklärt. Sobald das Urteil vorliegt, „können wir uns gerne noch mal neu unterhalten“, betonte Garg.

Weitere Kernpunkte: Mediziner, die sich um die Position eines Leitenden Notarztes bewerben, sollen künftig ein Qualifikationsseminar der Landesärztekammer oder eine gleichwertige Weiterbildung besuchen. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der heimischen Rettungsdienstträger mit Diensten aus Hamburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Dänemark wird rechtlich geregelt. Und: Bis Ende 2020 müssen Rettungsdienste spezielle „Babyrettungswagen“ anschaffen. Diese Fahrzeuge sind besser gefedert und mit einem Brutkasten ausgestattet.

**Freiwilligendienste:** In Schleswig-Holstein müssen die Rahmenbedingungen für Freiwilligendienste wie das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) oder das Freiwillige

Ökologische Jahr (FÖJ) verbessert werden. Darüber herrschte im September Einigkeit im Landtag. Grundlage der Debatte war ein Antrag von SSW und SPD, der beispielsweise eine höhere Vergütung und eine Ermäßigung in Bus und Bahn für die meist jungen Freiwilligen fordert. Deren Engagement werde derzeit „viel zu wenig honoriert“, sagte Jette Waldinger-Thiering (SSW). So liege das monatliche Taschengeld teilweise unter 200 Euro. Hier müsse das Land finanziell einspringen.

Auch Katja Rathje-Hoffmann (CDU) mahnte eine „Anerkennungskultur“ für FSJ-ler und FÖJ-ler an. Denkbar sei die Anerkennung des Freiwilligenjahres als Wartesemester fürs Studium. In anderen Bundesländern werde der Freiwilligendienst mit dem gesetzlichen Mindestlohn vergolten, merkte Özlem Ünsal (SPD) an. Sozialminister Heiner Garg (FDP) kündigte eine „neue Engagement-Strategie“ der Landesregierung an. Der Sozialausschuss will nun die entsprechenden Informationen von der Regierung einholen und sich dann weiter mit dem Thema befassen.

**Soziale Initiativen:** Das Land soll lokale Selbsthilfegruppen und Beratungsstellen stärker fördern. Das fordert ein Antrag von CDU, Grünen und FDP, den der Landtag Ende September beschlossen hat. Kleine, ehrenamtliche Initiativen, die keinem großen Wohlfahrtsverband angehören, sollen ebenso Mittel aus dem Landeshaushalt erhalten können wie Einrichtungen, die unter dem Dach eines großen Sozialverbandes agieren. Außerdem sollen die Initiativen aufgeklärt werden, wie sie die Gelder abrufen können. Für die anerkannten Träger der freien Wohlfahrtspflege setzen die Koalitionsfraktionen auf das „bewährte Instrument des Sozialvertrages“, das um fünf Jahre verlängert werden soll. Gleichzeitig sollen die Fördermittel im Haushalt aufgestockt werden.



Frauen an die Urnen: Schlange vor einem Berliner Wahllokal am 19. Januar 1919

19. Januar:  
100 Jahre Frauenwahlrecht

Seit Ende des 19. Jahrhunderts trommelten die Kämpferinnen für das Frauenwahlrecht, die Suffragetten, für ihr Anliegen. Erste Erfolge erzielten sie 1893 in Neuseeland sowie in den nordischen Ländern. Finnland, Norwegen und Dänemark öffneten zwischen 1906 und 1915 die Wahllokale für Frauen. In Deutschland unterstützten insbesondere die Sozialdemokraten dieses Ziel. Nach der Abdankung des Kaisers beschloss die SPD-geführte Übergangsregierung, der Rat der Volksbeauftragten, am 30. November 1918 die Ausweitung des Wahlrechts. Am 19. Januar 1919, bei der Wahl der verfassunggebenden Nationalversammlung, durften Frauen ab dem 20. Lebensjahr erstmals an die Urnen. Und sie durften kandidieren: 41 der 423 Abgeordneten der Nationalversammlung waren Frauen. Die Düsseldorfer Sozialdemokratin Marie Juchacz trat am 19. Februar 1919 als erste Frau ans Rednerpult. Ihre Begrüßung „Meine Herren und Damen“ löste laut Protokoll „Heiterkeit“ aus.



23. Mai:  
70 Jahre Grundgesetz

„Heute beginnt ein neuer Abschnitt in der wechselvollen Geschichte unseres Volkes.“ Mit diesen Worten verkündete der spätere Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) am 23. Mai 1949 in Bonn die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland. Es war die Schlussitzung des Parlamentarischen Rates, der zehn Monate an dem Verfassungstext gefeilt hatte. Adenauer war Präsident des Rates. Die Väter und Mütter des Grundgesetzes strebten ein Regelwerk an, das die Schwachstellen der Weimarer Verfassung von 1919 behebt und das die Grundrechte jedes Menschen in den Vordergrund stellt. Einem erneuten Absturz in Diktatur und Krieg sollte vorgebeugt werden. In den Tagen vor der feierlichen Verkündung hatten die alliierten Militärgouverneure sowie die westdeutschen Landtage (bis auf Bayern) dem Verfassungswerk zugestimmt. Mit der ersten Bundestagswahl am 14. August 1949 nahmen die Institutionen des neuen Staates Gestalt an.

Die „Hamburger Allgemeine“ druckte am 9. Mai 1949 den Text des Grundgesetzes ab, mit dem Vermerk: „Gültig bis zu einer Entscheidung in Freiheit.“ Die Bundesrepublik galt als Provisorium bis zu einer bald erwarteten Wiedervereinigung.

Sitzungskalender des Schleswig-Holst

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
01 Di Neujahr	01 Fr	01 Fr	01 Mo	01 Mi Maifeiertag	01 Sa
02 Mi	02 Sa	02 Sa	02 Di	02 Do	02 So
03 Do	03 So	03 So	03 Mi	03 Fr	03 Mo
04 Fr	04 Mo	04 Mo	04 Do	04 Sa	04 Di
05 Sa	05 Di	05 Di	05 Fr	05 So	05 Mi
06 So Hl. Drei Könige	06 Mi	06 Mi	06 Sa	06 Mo	06 Do
07 Mo	07 Do	07 Do Intern. Tag der Frau	07 So	07 Di	07 Fr
08 Di	08 Fr	08 Fr	08 Mo	08 Mi	08 Sa
09 Mi	09 Sa	09 Sa	09 Di	09 Do Europatag	09 So Pfingsten
10 Do	10 So	10 So	10 Mi	10 Fr	10 Mo Pfingsten
11 Fr	11 Mo	11 Mo	11 Do	11 Sa	11 Di
12 Sa	12 Di	12 Di	12 Fr	12 So	12 Mi
13 So	13 Mi	13 Mi	13 Sa	13 Mo	13 Do
14 Mo	14 Do	14 Do	14 So	14 Di	14 Fr
15 Di	15 Fr	15 Fr	15 Mo	15 Mi	15 Sa
16 Mi	16 Sa	16 Sa	16 Di	16 Do	16 So Tag der offenen Tür
17 Do	17 So	17 So	17 Mi	17 Fr	17 Mo
18 Fr	18 Mo	18 Mo	18 Do	18 Sa	18 Di
19 Sa	19 Di	19 Di	19 Fr Karfreitag	19 So	19 Mo
20 So	20 Mi	20 Mi	20 Sa	20 Mo	20 Do
21 Mo	21 Do	21 Do	21 So Ostern	21 Di	21 Fr
22 Di	22 Fr	22 Fr	22 Mo Ostern	22 Mi	22 Sa
23 Mi	23 Sa	23 Sa	23 Di	23 Do Tag d. Grundgesetzes	23 So
24 Do	24 So	24 So	24 Mi	24 Fr	24 Mo
25 Fr	25 Mo	25 Mo	25 Do	25 Sa	25 Di
26 Sa	26 Di	26 Di	26 Fr	26 So Europawahl	26 Mi
27 So Holocaust-Gedenk.	27 Mi	27 Mi	27 Sa	27 Mo	27 Do
28 Mo	28 Do	28 Do	28 So	28 Di	28 Fr
29 Di		29 Fr	29 Mo	29 Mi	29 Sa
30 Mi		30 Sa	30 Di	30 Do Himmelfahrt	30 So
31 Do		31 So		31 Fr	

KIELER WOCHE



25. Juli: 175 Jahre Schleswig-Holstein-Lied



Das Denkmal für die Schöpfer des Schleswig-Holstein-Lieds, Bellmann und Chemnitz, an der Schützenkoppel in Schleswig

Die Verse „Schleswig-Holstein meerumschlungen, deutscher Sitte hohe Wacht“ erklangen zum ersten Mal im Sommer 1844 auf dem Schleswiger Sängerefest. Der Schleswiger Kantor Carl Gottlieb Bellmann hat die Musik komponiert, der sieben Strophen lange Text stammt von dem Rechtsanwalt Matthäus Friedrich Chemnitz, ebenfalls aus Schleswig. Chemnitz fordert, dass die „stammverwandten“ Herzogtümer Schleswig und Holstein ein gemeinsames, deutschsprachiges „Vaterland“ bilden sollten. Das Lob für „deutsche Tugend, deutsche Treu“ und die Warnung vor „Stürmen“ aus dem Norden waren Ausdruck wachsender Spannungen zwischen deutsch- und dänischgesinnten Schleswig-Holsteinern.

einischen Landtages 2019

Plenartagung Schulferien/sitzungsfreie Zeit

Buntes Treiben und gute Stimmung herrschten beim Tag der offenen Tür 2015

Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
01 Mo	01 Do	01 So	01 Di	01 Fr	01 So 1. Advent
02 Di	02 Fr	02 Mo	02 Mi	02 Sa	02 Mo
03 Mi	03 Sa	03 Di	03 Do Tag der Dt. Einheit	03 So	03 Di
04 Do	04 So	04 Mi	04 Fr	04 Mo	04 Mi
05 Fr	05 Mo	05 Do	05 Sa	05 Di	05 Do
06 Sa	06 Di	06 Fr	06 So	06 Mi	06 Fr
07 So	07 Mi	07 Sa	07 Mo	07 Do	07 Sa
08 Mo	08 Do	08 So	08 Di	08 Fr	08 So 2. Advent
09 Di	09 Fr	09 Mo	09 Mi	09 Sa	09 Mo
10 Mi	10 Sa	10 Di	10 Do	10 So	10 Di
11 Do	11 So	11 Mi	11 Fr	11 Mo	11 Mi
12 Fr	12 Mo	12 Do	12 Sa	12 Di	12 Do
13 Sa	13 Di	13 Fr	13 So	13 Mi	13 Fr
14 So	14 Mi	14 Sa	14 Mo	14 Do	14 Sa
15 Mo	15 Do	15 So	15 Di	15 Fr	15 So 3. Advent
16 Di	16 Fr	16 Mo	16 Mi	16 Sa	16 Mo
17 Mi	17 Sa	17 Di	17 Do	17 So Volkstrauertag	17 Di
18 Do	18 So	18 Mi	18 Fr	18 Mo	18 Mi
19 Fr	19 Mo	19 Do	19 Sa	19 Di	19 Do
20 Sa	20 Di	20 Fr	20 So	20 Mi	20 Fr
21 So	21 Mi	21 Sa	21 Mo	21 Do	21 Sa
22 Mo	22 Do	22 So	22 Di	22 Fr	22 So 4. Advent
23 Di	23 Fr	23 Mo	23 Mi	23 Sa	23 Mo
24 Mi	24 Sa	24 Di	24 Do	24 So	24 Di Hl. Abend
25 Do	25 So	25 Mi	25 Fr	25 Mo	25 Mi Weihnachten
26 Fr	26 Mo	26 Do	26 Sa	26 Di	26 Do Weihnachten
27 Sa	27 Di	27 Fr	27 So	27 Mi	27 Fr
28 So	28 Mi	28 Sa	28 Mo	28 Do	28 Sa
29 Mo	29 Do	29 So	29 Di	29 Fr	29 So
30 Di	30 Fr	30 Mo	30 Mi	30 Sa	30 Mo
31 Mi	31 Sa		31 Do Reformationstag		31 Di Silvester



26. Mai: Wahl zum Europäischen Parlament



„Superwahljahr“ 2019: Am 26. Mai ist Europawahl, hinzu kommen vier Landtags- und neun Kommunalwahlen.

Die Europawahl im Mai ist voraussichtlich der einzige landesweite Urnengang in Schleswig-Holstein im neuen Jahr. In anderen Teilen Deutschlands stehen dagegen zahlreiche Wahltermine an, so dass 2019 wohl als „Superwahljahr“ gelten wird. Ebenfalls am 26. Mai wählen die Bremer ihre Bürgerschaft und die Hamburger ihre Bezirksversammlungen, und in Baden-Württemberg und Sachsen stehen Kommunalwahlen an. Landtagswahlen folgen am 1. September in Sachsen und Brandenburg sowie am 10. November in Thüringen. Im Frühjahr sind zudem weitere Kommunalwahlen in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Thüringen und im Saarland angesetzt.

16. Juni: Tag der offenen Tür im Landeshaus

Am Sonntag, den 16. Juni, öffnet der Landtag wieder seine Pforten für alle, die einmal hinter die Kulissen der Landespolitik blicken möchten. Den Tag der offenen Tür im Landeshaus gibt es in der Regel einmal in jeder Wahlperiode, zuletzt vor drei Jahren. Den Termin für das nächste Parlamentsfest, eine Woche vor der Kieler Woche, hat der Ältestenrat Ende April vereinbart. Vor drei Jahren zog der Tag der offenen Tür rund 15.000 Besucher in den Kieler Landtag. Auf dem Programm standen Debatten, Musik, Informationen, Spiel und Unterhaltung.

# Wege aus der Wohnungsnot

Debatte über sozialen Wohnungsbau und Verfassungserganzung

Bezahlbare Wohnungen sind vielerorts ein knappes Gut. Insbesondere in Kiel und Lübeck, im Hamburger Rand und auf Sylt sind viele Menschen auf der Suche nach einer Bleibe. Der Landtag debattierte im Juli, wie die Politik die Wohnungsnot bekämpfen kann. Jamaika verweist auf Erfolge im sozialen Wohnungsbau, SPD und AfD wollen das „Recht auf angemessenen Wohnraum“ in der Landesverfassung verankern. Die Sozialdemokraten übernahmen wörtlich den Vorschlag einer Volksinitiative von Sozialverband und Mieterbund (s. Meldung).

Innenminister Hans-Joachim Grote (CDU) verwies auf „große Erfolge“ im sozialen Wohnungsbau. In der Förderperiode 2015 bis 2018 werden 530 Millionen Euro in den Neubau und die Renovierung von mehr als 4.000 Wohnungen fließen, so der Minister. Für die kommenden drei Jahre seien jeweils 150 Millionen Euro eingeplant.



Jörg Nobis (AfD) wies darauf hin, dass die vom Bund 2015 eingeführte Mietpreisbremse „wirkungslos“ geblieben sei. Da das Recht auf Wohnen aber ein „international verbrieftes Menschenrecht“ sei, sei das Land nun in der Pflicht, das Anrecht auf eine „sichere, angemessene und dauerhaft finanzierbare Wohnung“ in seiner Verfassung festzuschreiben.

Özlem Ünsal (SPD) merkte an, „dass die reine Aufnahme in die Landesverfassung das Problem nicht löst“. Es sei aber „eine klare politische Ansage, wohin die Reise gehen muss“. Die SPD habe deswegen „als einzige Partei“ die Volksinitiative für mehr Wohnraum „seit ihrem Beginn mit allen Kräften unterstützt“.

Peter Lehnert (CDU) strich heraus, dass der Bau neuer Mietswohnungen nicht der einzige Weg sei: „Die private Wohneigentumsbildung ist in Deutschland im Vergleich zum europäischen Ausland deutlich unterdurchschnittlich.“ Neben dem Neubau schlug er zudem den Umbau von Bürogebäuden und den Ausbau von Dachgeschossen vor.

Andreas Tietze (Grüne) hielt „den Zeitpunkt für eine Änderung der Landesverfassung jetzt nicht für gegeben“. Denn ein neuer Verfassungsartikel werde „die Wohnungsnot im Moment nicht lindern“. Stattdessen gelte es, die vorhandenen „Instrumente“ zu nutzen und den Landesentwicklungsplan und die Landesbauordnung nachzubessern.

Jan Marcus Rossa (FDP) hielt eine Verfassungserganzung für überflüssig, weil es „ein entsprechend gravierendes Problem und Bedürfnis“ nicht gebe. Lediglich ein Zehntel des jährlichen Mehrbedarfs von 15.000 Wohnungen falle in den Bereich des staatlich gefordernden Wohnungsbaus. Rossa warnte daher vor einer „Uberdramatisierung“.

Lars Harms (SSW) war ebenfalls gegen eine Verfassungsänderung: „Faktisch wird damit keine einzige Wohnung geschaffen.“ Er warb für den barrierefreien Umbau von leerstehenden Häusern auf dem Land und für ein „Wohnraumschutzgesetz“, das die Umwandlung in Ferienwohnungen reglementiert.

## Wohnraum-Initiative sammelt weiter Unterschriften

Ende September hat die von Sozialverband und Mieterbund gestartete Volksinitiative für bezahlbaren Wohnraum nach eigenen Angaben 25.000 Unterschriften gesammelt. Das sei „ein sehr schöner Erfolg“, heißt es bei den Organisatoren der im Februar gestarteten Initiative. In den kommenden Monaten wolle man weitere Unterstützer mobilisieren. Nötig sind zwar nur 20.000 gültige Unterschriften, damit sich der Landtag mit den Forderungen befasst. Mit einer höheren Zahl solle aber „der Druck auf die Politik“ erhöhet werden. Die Initiative war bereits im Juli Thema im Parlament (s. Artikel auf dieser Seite).

Die Initiatoren beklagen, dass insbesondere in den Großstädten sowie im Hamburger Umland Studenten, Alleinerziehende, Menschen mit schlecht bezahlten Jobs sowie Arbeitssuchende und Rentner um das knapper werdende Angebot auf dem Wohnungsmarkt konkurrieren. Sozialverband und Mieterbund wollen in der Verfassung festschreiben, dass das Land „die Schaffung und Erhaltung von bezahlbarem Wohnraum“ fördert – „insbesondere durch Maßnahmen des sozialen Wohnungsbaus, durch Mieterschutz und Mietzuschüsse“. Zudem soll eine Wohnung nur geräumt werden dürfen, „wenn Ersatzwohnraum zur Verfügung steht“.



# Land will 500 Flüchtlinge aufnehmen

500 besonders schutzbedürftige Flüchtlinge, vor allem Frauen und Kinder, sollen in den nächsten vier Jahren nach Schleswig-Holstein kommen dürfen. Diesem Antrag der Jamaika-Koalition stimmten im Juli auch SPD und SSW zu. Die AfD enthielt sich. Allerdings muss Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) noch seine Zustimmung für das „humanitäre Aufnahmeprogramm“ geben.

Der Landtag debattierte das Thema wenige Tage nachdem das Hilfsschiff „Lifeline“ 234 Bootsinsassen aus dem Mittelmeer geborgen hatte und tagelang einen Hafen zum Anlaufen suchte. Die Landesregierung hatte angeboten, einen Teil der Flüchtlinge im Lande aufzunehmen.

„Wir in Schleswig-Holstein leisten im Vergleich zu der weltweiten Fluchtbewegung einen minimalen Beitrag“, so Aminata Touré (Grüne): „Aber wir leisten einen, und das ist für jeden einzelnen und jede einzelne der 500 Personen lebensentscheidend.“ Serpil Midyatli (SPD) betonte: „Die Menschen werden davor



Das Rettungsschiff der deutschen Organisation „Lifeline“ erreichte Ende Juni mit 234 Geretteten an Bord den Hafen der maltesischen Hauptstadt Valletta. Fälle wie dieser prägten in den vergangenen Monaten die Debatte über die deutsche und europäische Flüchtlingspolitik.

geschützt, sich in Boote zu setzen und den gefährlichen Weg auf sich zu nehmen.“ Mit dieser legalen Einreisemöglichkeit werde den Schlepperbanden die Geschäftsgrundlage entzogen. Jan Marcus Rossa (FDP) hoffte, dass andere Bundesländer und andere EU-Staaten sich anschließen. Es sei eine schwere Entscheidung, die 500 Menschen auszuwählen, merkte Innenminister Hans-Joachim Grote (CDU) an. Diese „schwierigste und anerkannteste Aufgabe“ werde das Flüchtlingshilfswerk UNHCR übernehmen.

Die AfD scheiterte mit einem Änderungsantrag, wonach die Landesregierung

vierteljährlich über die Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen berichten sollte. „Frauen und Kinder, die vor Krieg und Verfolgung flüchten, sind ohne jeden Zweifel in besonderem Maße schutzbedürftig“, erklärte Claus Schaffer (AfD). Allerdings wolle seine Fraktion wissen, „wer unter dieser Maßgabe in unser Land kommt und warum“.

# Keine 6 im Zeugnis für Betragen

In Schleswig-Holsteins Schulzeugnissen wird es auch weiterhin keine sogenannten Kopfnoten für Betragen, Mitarbeit, Ordnung und Fleiß geben. Ein entsprechender Antrag der AfD stieß im Juli bei allen anderen Fraktionen auf Ablehnung. Stattdessen bleibt es dabei, dass Konzentration, Arbeitseifer und Selbstständigkeit in Textform oder per Tabelle beschrieben werden.

Solche Texte und „Kompetenzraster“ würden jedoch nicht ernst genommen, mahnte Frank Brodehl (AfD). Statt „Beliebigkeit“ und „Kuschelpädagogik“ müssten die Schüler ein „klares, faires Feedback“ bekommen. Er forderte eine Benotung von 1 bis 6 bei Betragen und Fleiß von der 3. bis zur 10. Klasse „mit der Möglichkeit schriftlicher Ergänzungen“. Die Schule solle nicht nur Wissen, sondern auch Werte vermitteln. Ein Schüler müsse lernen, „fleißig, ordentlich, pünktlich, teamfähig“

zu sein. Brodehl wies darauf hin, dass Kopfnoten, die so heißen, weil sie oben am Kopf des Zeugnisses stehen, in mehreren Bundesländern üblich seien. Auch 80 Prozent der Eltern seien laut Umfragen dafür.

„Kopfnoten sind willkürlich und verschärfen den Leistungsdruck“, entgegnete Ines Strehlau (Grüne): „Wir wollen eine motivierende, vertrauensvolle Atmosphäre an unseren Schulen.“ Es gehe darum, selbstbewusste, kritische Menschen zu formen und keine „Duckmäuser“. „Unsere Schulen vermitteln die Werte einer toleranten, welt-offenen Demokratie, und das ganz ohne Kopfnoten“, so Strehlau.

Bildungsministerin Karin Prien (CDU) betonte, dass „Höflichkeit“ und „wertschätzendes Verhalten“ wichtige Tugenden seien, genauso wie Fleiß und Selbstorganisation: „Aber nach welchen fachlichen Kriterien wollen Sie sie benoten?“ Es gebe keine objektiven Merkmale wie in Mathe



Ein Zeugnis aus den 80er-Jahren: Auch in Schleswig-Holstein waren Kopfnoten lange Zeit üblich.

oder Deutsch. Zudem, so die Ministerin, habe sich die elterliche Erziehung in den vergangenen Jahrzehnten verändert, von autoritär zu demokratisch. Diese gesellschaftliche Entwicklung müsse die Schule berücksichtigen.

# Von Wölfen und Schafen

Wie geht's weiter mit dem Wolf? Die AfD will „Problemwölfe“, die Schafe, Kälber und Fohlen reißen, zur Jagd freigeben und eine „Obergrenze des Bestandes“ festlegen. Demgegenüber setzen Jamaika, SPD und SSW weiter auf den bisherigen Mix aus Beobachtung, Aufklärung der Bevölkerung, Schutzzäunen sowie finanzieller Entschädigung, falls das Raubtier zubeißt. Abschüsse sollen nur im Ausnahmefall möglich sein. Allerdings gab es Anfang September auch innerhalb der Koalition unterschiedliche Meinungen.

Es gehe nicht darum, den Wolf, der nach 100 Jahren wieder im Lande heimisch sei, erneut auszurotten, betonte Volker Schnurrbusch (AfD). Ziel sei es, „nur problematische Tiere durch Schutzjagden zu entnehmen“. „Der Wolf ist streng geschützt, und das ist auch gut so“, erwiderte Marlies Fritzen (Grüne). Sie warf der AfD „populistische Angstmacherei“ vor. Eine Aufnahme ins Jagdrecht lehnte sie ab: „Das hilft im Moment gar nichts.“

„Die FDP befürwortet eine Aufnahme ins Jagdrecht“, sagte dagegen der Freidemokrat Oliver Kumbartzky. „Die Tierhalter wollen ihre Tiere in Sicherheit wissen“, und auch das „Sicherheitsgefühl der Menschen“ sei zu beachten. Umweltminister Jan Philipp Albrecht (Grüne) schloss die Aufnahme ins Jagdrecht nicht aus, allerdings sei es bis dahin „noch ein weiter Weg“. Auch das geltende Recht biete die Möglichkeit, „die Entnahme eines Wolfs vorzunehmen“. Zunächst gehe es aber darum, das „Wolfsmanagement“ ständig an die aktuelle Lage anzupassen. Albrecht traf sich unmittelbar nach der Debatte mit Schaf-

haltern von der Halbinsel Eiderstedt, für Oktober plant er ein Treffen mit ehrenamtlichen Wolfsbeobachtern. Der Umwelt- und Agrarausschuss will sich Anfang Dezember mit den Beteiligten austauschen.

**Der Wolf ist nicht das einzige Problem, das die Schäfer im Lande umtreibt. Das geht aus einem Bericht der Landesregierung hervor, der ebenfalls im September Thema im Parlament war.**

Etwa 1.100 Schäfer gibt es derzeit im Lande. Lediglich 100 davon sind hauptberuflich tätig, der Rest betreibt die Schäferei im Nebenberuf oder als Hobby. Die Schafhirten leiden unter hohen Pachtgebühren, niedrigen Marktpreisen und der gesunkenen EU-Agrarförderung. Schäfer werden seit 2007 nicht mehr entsprechend ihrer Produktion an Wolle, Milch und Fleisch bezuschusst. Sie haben nur noch Anspruch auf eine Flächenprämie von 300 Euro je Hektar, wie andere Landwirte auch. Vor diesem Hintergrund machte sich Kirsten Eickhof-Weber (SPD) für eine spezielle „Schafprämie“ stark: „Weg von der Flächenprämie, hin zu einer eindeutigen Umweltorientierung, die auch die tierhaltenden Betriebe und das Tierwohl berücksichtigt.“ Der Christdemokrat Heiner Rickers sah das anders: „Für die CDU wäre das eine Abkehr von der Orientierung der Agrarpolitik am Marktgeschehen.“

202.000 Schafe gibt es im Lande, mehr als 70 Prozent leben an der Westküste. Dort erfüllen sie einen wichtigen „Nebenjob“: Sie halten die Grasnarbe kurz und treten die Deiche fest. „Schafe sind Küstenschutz auf vier Beinen“, stellte Flemming Meyer (SSW) klar.



Schäferin Uta Wree aus Kappeln demonstrierte im April vor dem Landeshaus für eine stärkere Unterstützung der Schafhirten.

## Landtag fordert: Keine Wildtiere mehr im Zirkus!

**Gegen Affen und Löwen in der Manege: Der Landtag unternimmt erneut den Versuch, die Haltung von wildlebenden Tierarten in den Unterhaltungsbetrieben zu verbieten.**

Der Bundesrat habe bereits mehrfach festgestellt, dass dort eine angemessene Haltung von Elefanten, Bären oder Giraffen nicht möglich sei, heißt es in einem gemeinsamen Antrag von SPD, SSW und Jamaika, der einstimmig angenommen wurde. Die Landesregierung soll nun erneut per Bundesrat auf das Haltungsverbot drängen. Die Bundesregierung hat zwar laut Tierschutzgesetz bereits jetzt die Möglichkeit, das Verbot durchzusetzen. Sie macht davon aber keinen Gebrauch. Berlin sieht ein Tierverbot im Zirkus als Verstoß gegen die grundgesetzlich garantierte Freiheit der Berufsausübung.

Dieses Argument mochte Stefan Weber (SPD) nicht akzeptieren. Innerhalb der EU hätten mittlerweile 23 Staaten die Haltung von Wildtieren im Zirkus verboten oder deutlich eingeschränkt: „Warum klappt das bei uns nicht?“ Die Tiere seien „lebenslange Gefangene“, die zu Kunststücken gezwungen würden. Hinzu kämen Käfighaltung und Reisestress. Auf der Schutzliste des Landtages stehen außerdem Nilpferde, Nashörner, Seelöwen sowie große Raubkatzen.

Seit 2007 werden wieder Wölfe in Schleswig-Holstein gesichtet. 2016 wurden drei Tiere nachgewiesen, 2017 waren es 18 und im laufenden Jahr bis Mitte September schon 53. Besonders der Westen und der Süden sind betroffen.





## Mit Moderner Technik gegen Staus

Das Auto soll ein Fahrzeug sein, doch häufig wird es zum Steh-Zeug. Um die Staus in Schleswig-Holsteins Städten aufzulösen, setzt Jamaika auf einen Mix aus moderner Technik und besseren Radwegen. „Fließender Verkehr ist umweltfreundlicher Verkehr“, betonte Dennys Bornhöft (FDP). Jamaika wolle ein „umfassendes Verkehrskonzept“ für Rad, ÖPNV und Pendler. Die Opposition stimmte zwar mit dem Ziel überein, kritisierte das Papier der Koalition Ende September aber als zu „nebulös“. Nun berät der Wirtschaftsausschuss.

„Lebensqualität ohne Abgase und Parkplatzsuche“ sei das Ziel, bemerkte Andreas Tietze (Grüne). In europäischen Innenstädten sei ein Drittel des Verkehrs „Parkplatzsuchverkehr“. Die meisten Autofahrten gingen nur über wenige Kilometer, und in vier von fünf Autos sitze nur ein einziger Mensch. Um gegenzusteuern, könnten moderne Parkleitsysteme helfen, ebenso wie Apps für freie Parkplätze und für Mitfahrgelegenheiten. Aber auch schnelle Radwege würden die Straßen entlasten, so Tietze.

Andreas Hein (CDU) rief die Landesregierung auf, die Kommunen bei der Lenkung des Verkehrs besser zu unterstützen und sie per Internet-Plattform miteinander zu vernetzen. „Lassen Sie uns Modellorte finden“, appellierte Verkehrsminister Bernd Buchholz (FDP) an die Abgeordneten. Mit einem „überschaubaren Betrag“ könne ein Modellversuch für einen modernen, sauberen Verkehr angestoßen werden.

Kai Vogel (SPD) schimpfte dagegen über die „Inhaltsleere“ der Koalition. Um wirklich voranzukommen, regte er ein Förderprogramm



für den Radwegbau, Schnellbuslinien, die Reaktivierung von Bahnstrecken, Pendlertickets, Sammeltaxis und Bürgerbusse an – „damit erzeugen Sie sehr schnell viel weniger Autoverkehr.“

Auch Volker Schnurrbusch (AfD) sprach von „inhaltlicher Beliebigkeit“ und einem „Wunschzettel“ der Koalition. Die geplante Austauschplattform für die Kommunen könne leicht zur „Datenmüllhalde“ werden, argwöhnte er. Flemming Meyer (SSW) befand ebenfalls, das Jamaika-Papier sei „voll mit Selbstverständlichkeiten“. Immerhin: „Niemand kann etwas dagegen haben.“

## Bekanntnis zur Inklusion in der Schule

SPD und SSW warnen die Jamaika-Koalition davor, vom Ziel der Inklusion in der Bildungspolitik abzurücken. „Inklusive Bildung ist ein Menschenrecht“, sagte der Sozialdemokrat Martin Habersaat Ende September. CDU, Grüne und FDP bekannten sich klar zur inklusiven Bildung, betonten aber, dass noch ein langer Weg zu gehen sei.



Anlass der Debatte war eine Pressemitteilung von Bildungsministerin Karin Prien (CDU) vom 3. September. In der Überschrift heißt es: „Inklusion ist kein Selbstzweck, die Qualität muss stimmen.“ Damit stelle die Ministerin das Ziel des gemeinsamen Lernens „unter Vorbehalt“, bemängelte Habersaat. Im Norden lernten inzwischen 70 Prozent der Schüler mit Behinderung an Regelschulen. Diesen bundesweiten Spitzenwert sah Habersaat gefährdet.

„Die Inklusionsquote alleine sagt noch nichts über die Qualität“, entgegnete Ministerin Prien und wandte sich gegen „ideologisch aufgeladene Debatten“. Inklusion sei ein „schwieriger, herausfordernder Prozess“. Es gehe darum, „zu schauen, was für jeden einzelnen Schüler das Beste ist“.

„Mehr Qualität in der Inklusion erfordert mehr Prävention, mehr Platz, mehr Personal und mehr Professionalität“, merkte Anette Röttger (CDU) an. Ines Strehlau (Grüne) stellte klar: „Wir legen uns weiter ordentlich ins Zeug. Wir stellen jedes Jahr 70 neue Sonderpädagogen ein.“ Und FDP-Fraktionschef Christopher Vogt forderte, „Rücksicht auf die Bedürfnisse des einzelnen Kindes“ zu nehmen. Bei manchen Formen von Behinderung sei eine individuelle Förderung nötig, „wie sie in einer Regelschule nicht möglich ist“. Deswegen werde es auch weiterhin Förderzentren geben.

Frank Brodehl (AfD) monierte, die Inklusion sei im Lande „überstürzt und ohne tragfähiges Konzept“ eingeführt worden. Um eine möglichst hohe Inklusionsquote zu erreichen, sei „Quantität vor Qualität“ gegangen, so Brodehl, der selbst Sonderpädagoge ist. Jette Waldinger-Thiering (SSW) hielt dagegen: „Bildung für alle ist der Schlüssel für eine gerechte Gesellschaft.“ Sie plädierte für eine „Schulsystem, das nicht trennt und aussortiert“.

# Der Land-Tag in Leichter Sprache

Alle Menschen sollen verstehen, was im Land-Tag gesagt wird. Hier stehen Texte in Leichter Sprache. Denn: Viele Menschen haben Probleme mit dem Lernen, Lesen und dem Verstehen. Viele Menschen können auch nicht so gut Deutsch. Deswegen werden schwere Wörter erklärt. Die Macher dieser Seite versuchen nach den Regeln für Leichte Sprache zu schreiben.



Lebens-Mittel in einer Müll-Tonne

## Zu viel Essen wird weg geworfen

Ungefähr elf Millionen Tonnen Lebens-Mittel landen in Deutsch-Land jedes Jahr auf dem Müll. Das ist ungefähr das Gewicht von elf Millionen Autos. Das bedeutet: Jeder Mensch wirft in jedem Jahr 85 Kilo Essen weg.

Der Land-Tag will erreichen dass die Lebens-Mittel auf den Teller kommen und nicht in die Tonne. Das Ziel: Die Menschen kaufen ihr Essen bewusst. Und werfen es nicht einfach weg wenn es alt ist. Oder wenn es ihnen nicht mehr so gut schmeckt.

Auch Gast-Stätten und Super-Märkte sollen alte Lebens-Mittel nicht in den Müll tun. Sondern das Essen an eine Tafel geben. Eine Tafel gibt Essen für wenig Geld an arme Menschen.

Die Landes-Regierung soll nun einen Plan machen wie das Problem im Land gelöst werden kann. In den Schulen sollen die Kinder erfahren dass Essen wertvoll ist.

Außerdem geht es um das Haltbarkeits-Datum. Das legt fest wann eine Speise nicht mehr gegessen werden soll. Weil sie alt ist und vielleicht verfault ist. Oft sind die Speisen aber immer noch gut wenn das Haltbarkeits-Datum abläuft. Deswegen sagt der Land-Tag: Diese Regel soll überprüft werden.

Kirsten Eickhoff-Weber ist Abgeordnete von der SPD. Sie sagt: Das Problem gibt es nicht nur in Deutsch-Land. Sondern in der ganzen Welt. Auch in armen Ländern.

Von zehn Kilo Getreide Milch und Fleisch werden nur sieben Kilo gegessen und getrunken. Der Rest landet auf dem Müll. Deswegen müssen alle mithelfen: die Bauern, die Lebensmittel-Industrie, die Händler und die Menschen die das Essen kaufen.

Bernd Voß ist Abgeordneter von den Grünen. Er sagt: Essen ist heute viel billiger als früher. Man kann es überall kaufen. Deswegen verstehen viele Menschen nicht mehr wie wertvoll das Essen ist. Und weil das Essen billig ist bekommen die Bauern auch wenig Geld für ihre Arbeit. Außerdem wird Essen oft über ganz weite Strecken transportiert. Dabei kann es schlecht werden.



Kirsten Eickhoff-Weber (SPD)



Bernd Voß (Grüne)



# Das Altenparlament

hat Mitte September zum 30. Mal im Landeshaus getagt. Die 85 Vertreter von Seniorenräten, Sozialverbänden, Parteien und Gewerkschaften, lieferten „wichtige Impulse für die aktive Politik“, wie Landtagspräsident Klaus Schlie in seinem Grußwort betonte. Nach einem Tag voller Debatten stand ein Katalog von Vorschlägen, der nun den Fraktionen, den Ministerien sowie den schleswig-holsteinischen Bundestags- und EU-Abgeordneten zugeleitet wird. Hier ein kurzer Überblick, was das Altenparlament **fordert:**

- Das **Rentenniveau** soll von derzeit 48 auf 70 Prozent aufgestockt werden.
- Der Staat soll die **Altersvorsorge** so umbauen, dass auch Beamte und Selbstständige in die Rentenkasse einzahlen.
- Der Öffentliche **Nahverkehr** soll grundsätzlich kostenfrei sein.
- Um **Pflegekräfte** zu entlasten, soll die Arbeitszeit in diesem Bereich auf 35 Wochenstunden reduziert werden – bei vollem Lohnausgleich.
- Das Altenparlament unterstützt die aktuell laufende **Volksinitiative**, die sich für ein „Recht auf angemessenen Wohnraum“ als Staatsziel in der Landesverfassung stark macht.
- Supermärkte, Kantinen und Gaststätten sollen verpflichtet werden, übrig gebliebene **Lebensmittel** an karitative Organisationen zu spenden.

Alle Anträge stehen im Internet:

[www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de), Rubrik „Service“, Stichwort „Altenparlament“.

## Gesundheitsforscher Glaeske: Bewegung und Obst verlängern das Leben

Wer aktiv ist und sich gesund ernährt, kann sein Leben um bis zu 14 Jahre verlängern. Darauf hat der Bremer Gesundheitswissenschaftler Prof. Gerd Glaeske in seinem Gastvortrag vor dem Altenparlament hingewiesen.

Das Rezept sei einfach, so Glaeske, der an der Uni Bremen das „Länger besser leben“-Institut leitet: fünf Portionen Obst und Gemüse am Tag, kein Tabak, wenig Alkohol sowie Bewegung. „Sitzen ist das neue Rauchen“, betont Glaeske. 150 Minuten mäßige Bewegung oder 75 Minuten anstrengendes Training pro Woche reichten aus. Das Problem, so Glaeske: „Nur 42 Prozent der Deutschen schaffen das zurzeit.“

Was die gesunde Lebensweise betrifft, hat der 73-Jährige ein Gefälle in der Gesellschaft diagnostiziert: „Gesundheitschancen hängen mit Bildungschancen zusammen. Armut macht krank.“ Wohlhabende, gebildete Menschen litten seltener unter Herzkrankheiten, Stoffwechselerkrankungen oder Krebs als Menschen mit geringerer Bildung und weniger Geld auf dem Konto. Die krassen Unterschiede seien für ein reiches Land

wie Deutschland „eine Schande“, schimpft Glaeske. Seine Empfehlung: rechtzeitig die eigene Gesundheit in den Blick nehmen: „Es kann nicht früh genug beginnen.“ Bereits 15-Jährige litten heute unter Altersdiabetes.

Auch die Mediziner trügen ihren Teil zum Bewegungsmangel bei, rügt der studierte Pharmazeut. Es würden immer mehr hochdosierte Schlaftabletten, Psychopharmaka und Allergiemittel verschrieben, vor allem an ältere Menschen. Inzwischen gebe es schon 1,5 Millionen Abhängige in Deutschland. Die Betroffenen bewegen sich weniger, haben eine schlechtere Körperkoordination und sind häufiger von schweren Stürzen betroffen.

Um gegenzusteuern, betreut Glaeske seit den 1990er Jahren ein Modellprojekt in der Gemeinde Obernkirchen in Südniedersachsen. Dort gibt es Angebote zum gemeinsamen Sport, Wandern und Kochen. Die Bäcker,

## „Mehr Platt in Radio und TV“

Der Beirat Niederdeutsch und das Altenparlament rufen gemeinsam die öffentlich-rechtlichen Sender auf, mehr Beiträge auf Plattdeutsch zu bringen. Der Platt-Anteil in Radio und Fernsehen müsse erhöht werden – beispielsweise um regelmäßige Nachrichten in Niederdeutsch, hieß es Anfang September im Platt-Beirat. Darüber hinaus soll der NDR dafür sorgen, „dat de Plattdüütschennen in NDR 1 Welle Nord to faste Tieden utstrahlward“, wie das Altenparlament Mitte September einstimmig forderte. Der Norddeutsche Rundfunk baut seine Platt-Beiträge derzeit teilweise unangekündigt in das hochdeutsche Programm ein. Der Sender hofft, so mehr Hörer und Zuschauer zu erreichen als durch feste Platt-Termine.



„Alter ist keine Krankheit“, betont Prof. Gerd Glaeske. Aber es gebe eine „Notwendigkeit des Umdenkens“ bei den Ärzten wie in der Gesellschaft.

Schlachter und Gaststätten achten auf gesunde Zutaten, und die Betriebe fördern die Gesundheit am Arbeitsplatz. Die Folge: In Obernkirchen gibt es weniger Raucher, weniger Übergewichtige und weniger Kranke. Glaeske hofft, dass das Beispiel Schule macht: „So etwas wünsche ich mir für ganz Deutschland.“

Anhörung im Innenausschuss

# Verfassungsbeschwerde für jeden?

Die schleswig-holsteinische Landesverfassung garantiert zahlreiche Grundrechte. So sind die ersten 20 Artikel des Grundgesetzes „Bestandteil dieser Verfassung und unmittelbar geltendes Recht“. Dort sind etwa die Meinungs- und Glaubensfreiheit, das Postgeheimnis und der Eigentumsschutz verankert. Darüber hinaus nennt die Landesverfassung spezifische schleswig-holsteinische Grundrechte, etwa die gewaltfreie Erziehung, das Bekenntnis zu einer nationalen Minderheit oder den Schutz der digitalen Privatsphäre.

Wer sich in den grundgesetzlich verankerten Grundrechten beeinträchtigt sieht, kann vor das Bundesverfassungsgericht nach Karlsruhe ziehen. Dagegen bleibt Bürgern, die ihre Landes-Grundrechte einklagen wollen, der „Gang nach Schleswig“ zum Landesverfassungsgericht bislang verwehrt. Das Recht zur Anrufung haben derzeit nur die Landesregierung, ein Drittel der Mitglieder des Landtages sowie zwei Fraktionen. Hinzu kommen Kommunen und Vertreter von Volksinitiativen, deren Vorstoß vom Landtag abgelehnt wurde.

Der SSW will nun die Verfassungsbeschwerde für jedermann einführen. In elf der 16 Bundesländer gibt es diese Möglichkeit bereits, Anfang 2019 kommt NRW dazu. SPD und Grüne äußerten Sympathie. CDU, FDP und AfD zeigten sich hingegen skeptisch. Der Innen- und Rechtsausschuss hat Stellungnahmen von Experten eingeholt.

Ja ...

„All diese Grundrechte müssen zahnlos bleiben, wenn keine Möglichkeit besteht, sie notfalls auch mit Verfassungsbeschwerde gegen Hoheitsmaßnahmen zu verteidigen“, mahnt **Prof. Edzard Schmidt-Jortzig**. Der ehemalige FDP-Bundesjustizminister lehrt öffentliches Recht an der Uni Kiel. Das sieht Ingrid Eppert vom Verein „**Mehr Demokratie**“ ähnlich: Die Möglichkeit zur Klage sei ein „Beitrag zu Bürgerfreundlichkeit und Rechtssicherheit“ und werde das „Rechtsbewusstsein im Lande“ stärken. Bernhard Flor, Präsident des **Schleswig-Holsteinischen Verfassungsgerichts**, hält es für „kurios“, dass die Bürger im Lande zwar Grundrechte hätten, die über das Grundgesetz hinausgehen, dass sie diese aber nirgendwo einklagen könnten: „Hier hilft auch der Gang nach Karlsruhe nicht.“

Der **Bayrische Verfassungsgerichtshof** weist darauf hin, dass der Freistaat bereits 1947 „eine umfassende Klagemöglichkeit des Einzelnen gegen verfassungswidrige Normen“ eingeführt habe. In **Hessen** sei dies seit 1948 der Fall, schreibt der dortige Staatsgerichtshof. Das **Saarländische Verfassungsgericht** berichtet von 12 bis 15 Verfassungsbeschwerden pro Jahr. Dies habe „zu keinerlei Mehrkosten geführt. Der Verfassungsgerichtshof des Saarlandes ist weiterhin ohne wissenschaftliche Mitarbeiter tätig.“ In **Berlin** werde hingegen

„reger Gebrauch“ von der Klagemöglichkeit gemacht. Der dortige Verfassungsgerichtshof zählt „170 bis 200 Verfassungsbeschwerden pro Jahr“ und hat sechs Mitarbeiterstellen. **Sachsen Anhalt** will die Rechte der Bürger zum Jahresanfang 2019 deutlich ausweiten. Nicht nur Grundrechte, sondern auch Entscheidungen von Behörden und Gerichten können dann vors Landesverfassungsgericht gebracht werden. In **Rheinland-Pfalz** hat der Verfassungsgerichtshof „in zahlreichen Fällen grundlegende und rasche Klärungen herbeiführen können, die nicht allein für die Bürger, sondern auch für den Landtag und die Landesregierung von Bedeutung sind“.

... aber

Auch ohne Verfassungsklage gebe es keine „Rechtsschutzlücke“, merkt **Prof. Ino Augsberg** von der Uni Kiel an. Wer wolle, könne sich jetzt schon an die Fachgerichte wenden. Es bestehe die Gefahr, **so Prof. Utz Schliesky** vom Lorenz-von-Stein-Institut an der Kieler Uni, dass „ein Nebeneinander, vielleicht sogar ein Wettstreit der Verfassungsbeschwerden“ entsteht, wenn sowohl Schleswig als auch Karlsruhe angerufen werden können. Nur „eine sehr bescheidene Rolle“ spielen Verfassungsbeschwerden beim **Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommern**. Lediglich 125 Bürgerklagen gegen Landesgesetze seien seit 1994 eingegangen, berichten die Greifswalder Richter: „Die meisten waren unzulässig“. Diese Erfahrung haben auch das **Brandenburger** und das **Thüringer Verfassungsgericht** gemacht. Große Erfolgsaussichten haben klagende Bürger in der Regel nicht, wie auch der **Sächsische Verfassungsgerichtshof** berichtet. Dort sind im Schnitt 5,5 Prozent der Beschwerden begründet und weitere 1,5 Prozent teilweise begründet. Sollte die Verfassungsbeschwerde kommen, könnte es teuer werden. Darauf weist der schleswig-holsteinische **Verband der Verwaltungsrichter** hin. Im Landeshaushalt waren 2016 rund 47.000 Euro für das ehrenamtlich arbeitende Verfassungsgericht veranschlagt. In Ländern mit Verfassungsbeschwerde waren es dagegen bis zu 843.700 Euro.



Urteilsverkündung in Schleswig: Das Landesverfassungsgericht könnte bald auch „Jedermann-Klagen“ behandeln, wie es in vielen anderen Bundesländern bereits der Fall ist.



# Sprechstunde hinter Gittern

Petitionsausschuss besucht  
JVA Lübeck

**Durchgelegene Matratzen, teure Telefongebühren oder ein mangelhaftes Sportangebot – diese und weitere Probleme beschäftigen die Häftlinge in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Lübeck. Das erfuhren Mitglieder des Petitionsausschusses Ende August bei einer Sprechstunde vor Ort. JVA-Mitarbeiter hingegen beschwerten sich über Personalmangel und eine in ihren Augen schlechte Bezahlung. Acht Insassen und vier Bedienstete nutzten das Gesprächsangebot, ließen sich beraten oder kamen mit bereits fertig ausgearbeiteten Petitionen in die Sprechstunde.**

Ein Häftling klagte etwa über zu hohe Kosten für Telefonate „nach draußen“. „Das ist Abzocke. Selbst wenn nur die Mailbox rangeht, zahle ich 30 Cent“, berichtete er. Für Gefangene, die im Monat etwa 100 Euro Taschengeld zur Verfügung hätten, sei das eine Menge Geld.

Das Hauptthema der Mitarbeiter: die hohe Arbeitsbelastung. Freiwerdende Stellen könnten oft nicht umgehend nachbesetzt werden. Die Arbeit in Schleswig-Holsteins zweitgrößter Haftanstalt, in der rund 230 Vollzugsbedienstete für knapp 500 Häftlinge zuständig sind, schrecke offenbar viele



potentielle Bewerber ab. Hinzu komme die nach Auffassung vieler Bediensteter zu geringe Bezahlung. Ein weiteres Problem: Die Zahl der Inhaftierten mit psychischen Erkrankungen habe zuletzt stark zugenommen. „Für diese Menschen ist das Gefängnis nicht der richtige Ort“, mahnte Personalratsmitglied Thomas Volkmann – auch deshalb, weil JVA-Mitarbeiter in diesem Bereich nicht ausgebildet seien.

Neben der Sprechstunde standen Gespräche mit dem Personalrat, der Interessenvertretung der Gefangenen sowie der Anstaltsleitung auf dem Programm. Hinzu kam ein Rundgang durch den geschlossenen Männervollzug. Anstaltsleiterin Silke Nagel stellte ein neues Organisationskonzept vor, mit dem es gelungen sei, die Unterbringung der Gefangenen nach Tätergruppen neu zu strukturieren und dadurch Arbeitsabläufe zu vereinfachen. Die Vorsitzende des Petitionsausschusses, Doris von Sayn-Wittgenstein (AfD), bedankte sich für den Einblick in die tägliche Arbeit. Angesichts der „schwierigen personellen Situation, die immer wieder angesprochen

wurde“, sei das Engagement der Mitarbeiter beeindruckend, so die Ausschussvorsitzende.

## Sowohl Gefangene als auch Mitarbeiter wenden sich an den Ausschuss

Den Petitionsausschuss erreichen regelmäßig Eingaben von Insassen wie auch von Mitarbeitern der Justizvollzugsanstalten. Alle Anliegen werden vertraulich behandelt. Angesichts der zahlreichen Petitionen aus diesem Bereich hatte der Ausschuss im April beschlossen, sich mit der Lebenssituation der Gefangenen und dem Arbeitsalltag der JVA-Mitarbeiter näher zu beschäftigen. Die Abgeordneten wollen in der laufenden Legislaturperiode alle fünf Justizvollzugsanstalten im Lande besuchen, um sich vor Ort ein Bild zu machen. Insbesondere geht es darum, wie das Landesstrafvollzugsgesetz umgesetzt wird und wie es um die personelle und bauliche Ausstattung bestellt ist. Außerdem nimmt der Petitionsausschuss die Resozialisierung und die Arbeit der Insassenvertretungen in den Blick. In der aktuellen Wahlperiode sind bereits rund 25 Petitionen von Häftlingen aus den Gefängnissen im Lande beim Ausschuss eingegangen.

Die JVA Lübeck verfügt über 399 Haftplätze für Männer sowie weitere 39 in der Sozialtherapie. Sie ist auch zuständig für den Vollzug der Untersuchungshaft aus dem Landgerichtsbezirk Lübeck. Der JVA angeschlossen ist der Frauenvollzug für ganz Schleswig-Holstein mit 69 Haftplätzen.

Rundgang durch die JVA: die Abgeordneten Özlem Ünsal (SPD, 2. v. li.), Doris von Sayn-Wittgenstein (AfD, 2. v. re.), Jörg Hansen (FDP, hinten re.) und Burkhard Peters (Grüne, re.) mit Mitarbeitern des Gefängnisses



# Nachgehakt

Wie wirken sich die Beschlüsse des Landtages konkret aus?  
In dieser Serie zeigen wir Beispiele.

## Inklusion im Sport

Im Mai dieses Jahres hat die Stadt Kiel die Special Olympics ausgerichtet, die Wettkämpfe für Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung. Auch um das Landeshaus herum wurde um Medaillen gekämpft. Landtag und Landesregierung luden 500 Sportler und Begleiter zu einem Empfang ins Landeshaus und zeigten sich begeistert von der fröhlichen Atmosphäre der Spiele.

Nun soll die Förderung des inklusiven Sports im Lande auf eine dauerhafte Grundlage gestellt werden. Im Juli beschloss der Landtag, ein Symposium „zur besseren Teilhabe von Menschen mit insbesondere geistiger und mehrfacher Behinderung im Bereich Sport“ zu veranstalten. Dort sollen wissenschaftliche Erkenntnisse präsentiert werden,



wie der gemeinsame Sport von Menschen mit und ohne Behinderung vorangetrieben werden kann. Erfolgreiche Projekte sollen sich auf der Konferenz vorstellen. Außerdem wird die Landesregierung aufgefordert, einen Preis für „innovative Inklusionsprojekte im Sport“ auszuloben. Und: Vertreter des Sports sollen in den Landesbeirat für Menschen mit Behinderung aufgenommen werden.

Unterdessen hat sich der deutsche Special-Olympics-Verband, wie im Mai in Kiel bereits angedeutet, um die Ausrichtung der Weltspiele 2023 beworben. Austragungsort soll Berlin sein. Die Entscheidung fällt Mitte November.



## Pflegekammer

Nach jahrelanger Diskussion hatte der Landtag im Juli 2015 eine Pflegeberufekammer nach Vorbild der Ärztekammer oder der Psychotherapeutenkammer ins Leben gerufen. Die damalige Koalition aus SPD, Grünen und SSW versprach sich mehr Selbstbestimmung und Mitsprache für die Beschäftigten in der Pflege. Kritiker in der damaligen Opposition hielten die neue Kammer hingegen für überflüssig und warnen vor einer „Zwangverkammerung“ der Pflegekräfte. Nach dem Regierungswechsel zur Jamaika-Koalition 2017 stellten allerdings auch die zuvor skeptischen Christ- und Freidemokraten die neue Kammer nicht mehr in Frage, da der Einrichtungsprozess bereits weit fortgeschritten sei.

Im April 2018 hat die Kammer nun ihre Arbeit aufgenommen. Eine von den Pflegekräften gewählte Versammlung bestimmte einen siebenköpfigen Vorstand, an dessen Spitze die Altenpflegerin Patricia Drube steht. Die Kammer hat ihren Sitz in Neumünster und vertritt rund 21.000 Alten-, Kinder- und Krankenpfleger. Zu ihren Aufgaben gehört es, Fort- und Weiterbildungsordnungen zu erstellen, auf bessere Arbeitsbedingungen hinzuwirken und als Ansprechpartner für die Politik zu fungieren. Schleswig-Holstein war nach Rheinland-Pfalz das zweite Bundesland mit einer eigenen Pflegekammer, im Sommer ist Niedersachsen als drittes hinzugekommen.

## Mobile Wahllokale

Der Landtag hatte im November 2015 ein Bündel an Initiativen zur Erhöhung der Wahlbeteiligung beschlossen. Ein Element: das Mobile Wahllokal. Bei der Landtagswahl im Mai 2017 wurde die Idee im Amt Bordesholm im Kreis Rendsburg-Eckernförde erprobt. Ein umgebautes Wohnmobil klapperte verschiedene Orte ab, ausgerüstet mit Stimmzetteln, Briefwahlunterlagen und einer Wahlurne. Die Bürger konnten vor der Haustür ihre Kreuzchen machen, der Gang in die Schule oder ins Rathaus am Wahlsonntag entfiel. Außerdem öffneten verschiedene Dorfgemeinschaftshäuser in den Wochen vor dem Wahltag ihre Pforten und boten die Gelegenheit zum Wählen. Die Hoffnung: Bisherige Nichtwähler werden mobilisiert. Nun hat Landeswahlleiter Tilo von Riegen eine Auswertung des Experiments vorgelegt. Die Bilanz fällt durchwachsen aus.



Insgesamt nutzten 683 Bürger das neue Angebot. Das waren 5,8 Prozent aller Wahlberechtigten. Die Wahlbeteiligung stieg im Vergleich zur vorherigen Wahl im Jahr 2012 um 5,2 Prozent auf 75,9 Prozent. Der Anstieg liegt leicht über dem Landesschnitt. Der Landeswahlleiter geht davon aus, dass „die meisten Personen, die das mobile Wahllokal genutzt haben, wohl sonst auch an Brief- oder Urnenwahl teilgenommen hätten“. Den Anteil ehemaliger Nichtwähler taxiert der Wahlleiter „bei rund einem Prozentpunkt“. Demgegenüber stehen Kosten von rund 32.200 Euro für Bus, Material und Personal. Ein Betrag, der deutlich steigen würde, wenn die Mobil-Wahl landesweit zum Einsatz käme. Wahlleiter von Riegen zieht deswegen die Schlussfolgerung: „Aufgrund der sehr hohen Kosten, rechtlicher Unsicherheiten und praktischer wahlorganisatorischer Probleme bei gleichzeitig geringen Erfolgsaussichten kann die Weiterverfolgung des Einsatzes der mobilen Briefwahl nicht empfohlen werden.“ Auch der Innen- und Rechtsausschuss stellte im August fest, dass die mobile Wahl „keine angemessene Möglichkeit“ biete, um die Beteiligung zu erhöhen.





Am 28. Juni 1969 protestierten in der Christopher Street in New York Homo-sexuelle und andere sexuelle Minderheiten gegen Polizeiwillkür. Daraus entwickelten sich die jährlichen Umzüge, die seit Ende der 1970er Jahre auch durch Deutschlands Straßen ziehen – inzwischen in fast jeder größeren Stadt, seit mehr als 20 Jahren auch in Schleswig-Holstein. In Kiel (Foto) warben Anfang Juli 1.500 Menschen unter der Regenbogenflagge für Akzeptanz und Vielfalt. Genauso viele waren es Mitte August in Lübeck.

## „Die Vielfalt leben und verteidigen“

Landtag empfängt Veranstalter des Christopher-Street-Day

Homo-, bi- und transsexuelle Menschen werden auch heute noch diskriminiert. Dagegen setzen sich Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender zur Wehr – unter anderem auf den Christopher-Street-Day-Paraden (CSD). Auch durch Kiel und Lübeck ziehen alljährlich bunte, fröhliche Umzüge mit politischer Botschaft. Der Landtag hat Anfang September die CSD-Organisatoren und die teilnehmenden Verbände ins Landeshaus geladen – als Zeichen für „mehr Vielfalt und Toleranz“ in der Gesellschaft, wie es in einem einstimmigen Beschluss des Parlaments heißt. „Der Christopher-Street-Day ist genau die richtige Gelegenheit, immer wieder auf die Vielfalt von Lebensweisen in unserer Gesellschaft aufmerksam zu machen und für mehr Akzeptanz zu werben“, betonte Landtagspräsident Klaus Schlie vor rund 60 Gästen. Viele Menschen hätten auch 2018 noch Angst, offen mit ihrer sexuellen Identität umzugehen. „Für die Verantwortlichen in der Politik und den Medien, aber auch für die Gesellschaft insgesamt bleibt weiterhin viel zu tun“, so Schlie.



Landtagsvizepräsident **Rasmus Andresen** (2. v. re.) moderierte eine Gesprächsrunde zum Thema „CSD goes Politics – Landespolitik unter dem Regenbogen“.

**Vanessa Stähr** (li.) vom Verein „Trans SH“ berät transsexuelle Menschen und vertritt deren Interessen in der Öffentlichkeit. „Wir müssen uns noch stärker nach außen hin präsentieren“, sagt sie. „Wir parken nicht in der zweiten Reihe und sollten genauso integriert sein wie alle anderen auch“. Von der Politik und der Gesellschaft wünscht sie sich „Vertrauen und Entgegenkommen, zu dem was wir leben, was wir haben und was wir können“.

**Christian Till** (2. v. li.), Vorsitzender des Lübecker CSD-Vereins, spürt einen „Riss durch die Gesellschaft“. Die Akzeptanz für homo- und transsexuelle Menschen sei in den vergangenen Jahren zwar gestiegen, doch es mache sich auch „eine laute Minderheit“ bemerkbar, „die ein Roll-Back vorantreibt“

und „Menschen nicht so akzeptiert, wie sie leben möchten“. „Leider schließen sich diesen Leuten immer mehr Sympathisanten an“, so Till. Er appelliert an Politik und Gesellschaft, Haltung zu zeigen und die „Achtung für den einzelnen Menschen“ zu verteidigen.

**Tobias Kreuzpointner** (re.) ist Polizeibeamter und hat die zentrale Ansprechstelle der Landespolizei für homo-, bi-, trans- und intersexuelle Menschen mitbegründet. Er informiert im Rahmen der Aus- und Weiterbildung der Polizei über das Thema und strebt zudem „Vertrauensbildung in der Community“ an. Er ruft Betroffene von Übergriffen auf, sich an die Polizei zu wenden: „Die Landespolizei nimmt jeden Sachverhalt ernst“. Laut einer EU-Statistik würden jedoch 90 Prozent der Straftaten gegen Homo- oder Transsexuelle nicht angezeigt. Die Ansprechstelle wurde zum 1. September zunächst für ein Jahr eingerichtet. Kreuzpointner hofft, dass sie darüber hinaus „fest verankert“ wird.



„Holm – engHolm und zurück“ heißt die Autobiografie von Marlies Jensen-Leier (Foto).

Der Titel beschreibt zwei Wegmarken ihres Lebens: Geboren 1950 in der Fischersiedlung Holm in Schleswig gelangte sie auf Umwegen in die Landespolitik. Sie war in der SPD-Landtagsfraktion aktiv und wurde schließlich persönliche Mitarbeiterin des Ministerpräsidenten und SPD-Bundesvorsitzenden Björn Engholm. Ihr Buch, das nun im Husumer ihleo-Verlag erschienen ist, verbindet biografische Skizzen mit Erfahrungen aus dem Politikbetrieb und Betrachtungen über „die großen Zusammenhänge“, wie Marlies Jensen-Leier sagt: „Es ist eine kritische Zeitreise, von den biedermeierlichen Jahrzehnten nach 1950 bis in die ‚globalisierte‘ Gegenwart“. Einige Kapitel spielen im Landeshaus. Neben den politischen Debatten ist aus den späten 1970er Jahren eine Fahrt im Paternoster in Erinnerung geblieben – ihre Tochter teilte die Kabine mit einem „Bären“.

Der „Bär“ in dieser Geschichte ist Hans Wiesen (1936 bis 2013). Der gelernte Landwirt aus Bordesholm war von 1975 bis 1998 SPD-Landtagsabgeordneter und von 1988 bis 1998 Landwirtschaftsminister. „Hans Wiesen verkörperte viele der Tugenden und Eigenschaften, die den Schleswig-Holsteinern gern zugeschrieben werden“, sagte Landtagspräsident Klaus Schlie 2013 in seinem Nachruf:

„Er war bodenständig und stets nah bei den Menschen, leidenschaftlich, von unerschütterlichen Werten geleitet und daher auch ein Stück weit stur, herzlich, aber darum nicht weniger direkt.“



## Mit einem Bären im Paternoster

„Mein Kind ist drei. Wann und wohin immer es möglich ist, nehme ich es mit. Im Landeshaus, im Eckzimmer zum Düsternbrook im Hochparterre rechts, ist Weihnachtsfeier der SPD-Landtagsfraktion. Mein Kind ist mit. Da ist auch ein großer Bär, und es dauert gar nicht lange, da bündelt er an mit meinem kleinen Mädchen. Er beginnt süß mit ihm zu sprechen und es schaut strahlend zu ihm auf. Bald nimmt er es an seine weiche Tatze und tapst mit ihm durch die langen Flure und Hallen des Hohen Hauses zum Paternoster. Sie steigen ein. Sie fahren hoch. Sie steigen aus. Sie steigen ein. Sie fahren runter. Sie steigen aus. Kaum sind sie zurück bei der Feier, wo es Honigkuchen und heiße Getränke gibt, da will das Kind noch einmal: ‚Ein Mal noch!‘ Der Bär nimmt das Kind wieder an seine weiche Tatze und tapst noch einmal mit ihm durch die langen Flure und Hallen des Hohen Hauses. Sie steigen ein. Sie fahren hoch. Sie steigen nicht aus, sie fahren

durch das dunkle Untenherum, das kleine, kleine Mädchen und der große, große Bär. So geht es bei Plapperdiplapper hin und her und rauf und runter. Nochmal. Und nochmal. Und wieder. So oft, dass es mir Mutter schon unangenehm ist. Der große Bär aber hat unendlichen Langmut. Die beiden kommen von Mal zu Mal lustiger zurück in die Runde und er wirkt kein bisschen genervt. Das und der Bär sind bis heute nicht vergessen. Bei der Mutter nicht. Und bei dem Kind nicht.

Hans Bär war viele Jahre Em-de-eL für einen Wahlkreis in der Region Rendsburg-Eckernförde. Er hatte sich früh um Themen gekümmert wie das Verbot tierquälerischer Massenhaltung, Tierversuche, Naturschutz in der alten Sorgeschleife, Begrenzung der Herzmuschelfischerei, Einrichtung eines Landesamtes für Umweltschutz. (...) 1988 wurde er Minister für Landwirtschaft, Tiere, Wiesen, Honig und Wälder. Welch ein Dienst für einen Bären!“





## Die Bibliothek des Landtages lädt ein

Die Landtagsbibliothek ist eine Service-Einrichtung für Abgeordnete und für Mitarbeiter aus Fraktionen und Verwaltung. Aber sie steht auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Interessierte Bürger sind im zweiten Stock des Landeshauses herzlich willkommen. Dort stehen 25.000 Bände aus den Gebieten Recht, Politik, Verwaltung, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde. Als Appetithappen stellen die Mitarbeiterinnen der Bibliothek in dieser Serie Werke vor, die in den Räumen der Bibliothek eingesehen werden können. Interessiert? Die Bibliothek ist von Montag bis Freitag zwischen 8:30 Uhr und 12:00 Uhr sowie zwischen 13:00 und 16:00 Uhr geöffnet. Bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit. Weitere Informationen gibt es unter den Telefonnummern 0431/988-1110 und 0431/988-1111. Bei der Büchersuche hilft der Online-Katalog auf der Website des Landtages: [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de), „Service“, Rubrik „Landtagsbibliothek“.

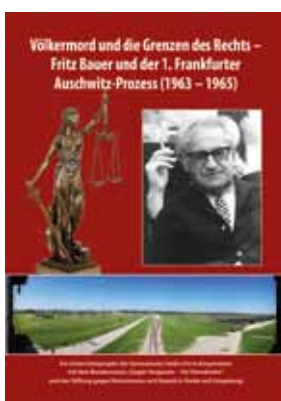
## Hinweis zum Datenschutz

Ab der kommenden Ausgabe (Nummer 04/2018) wird ein anderes Unternehmen als bisher den Vertrieb der Landtagszeitschrift übernehmen. Damit werden die personenbezogenen Daten unserer Abonnenten (Name und Adresse) an das neue Vertriebsunternehmen überführt. Gemäß § 28 Abs. 3g der Europäischen Datenschutzgrundverordnung weisen wir hiermit auf diesen Datentransfer hin. Abonnenten, die damit nicht einverstanden sind, bitten wir um eine kurze Nachricht. Gemäß Datenschutzgrundverordnung ist das bisherige Vertriebsunternehmen verpflichtet, die gespeicherten Daten der Abonnenten zu löschen.



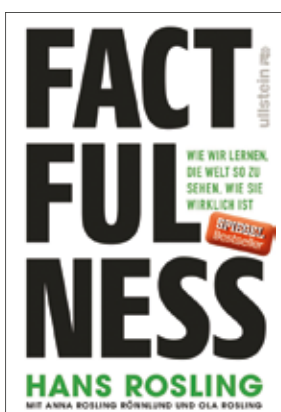
**Martin Rackwitz: Kiel 1918. Revolution – Aufbruch zu Demokratie und Republik. Kiel/Hamburg: Wachholtz 2018. 302 S.**

Der Kieler Matrosen- und Arbeiteraufstand im November 1918 brachte den Sturz der Monarchie und die erste Demokratie auf deutschem Boden. Der Kieler Historiker Martin Rackwitz hat für sein Buch zahlreiche neue Quellen erschlossen. Detailliert und spannend dokumentiert er die genaue Chronologie der einzelnen November-Tage und bettet die lokalen Ereignisse in den großen Zusammenhang des Ersten Weltkriegs ein.



**Völkermord und die Grenzen des Rechts – Fritz Bauer und der 1. Frankfurter Auschwitz-Prozess (1963–1965). Ein Unterrichtsprojekt des Gymnasiums Heide-Ost in Kooperation mit dem Bundesverein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ und der „Stiftung gegen Extremismus und Gewalt in Heide und Umgebung“. Heide 2018. 160 S.**

Ein Jahr lang beschäftigten sich Schüler der 11. und 12. Klassen des Gymnasiums Heide-Ost mit dem 1963 eröffneten ersten Frankfurter Auschwitz-Prozess und der Person, die diesen Prozess ins Rollen brachte: dem hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer. Begleitet und unterstützt wurde das Unterrichtsprojekt vom Geschichtslehrer Matthias Duncker und vom ehemaligen CDU-Landtagsabgeordneten Berndt Steincke, Vorsitzender der „Stiftung gegen Extremismus und Gewalt in Heide und Umgebung“.



**Hans Rosling: Factfulness. Wie wir lernen, die Welt so zu sehen, wie sie wirklich ist. 2. Aufl. Berlin: Ullstein 2018. 393 S.**

Die Tests des Statistikers Hans Rosling belegen: Viele Menschen haben ein verzerrtes und viel zu düsteres Weltbild. Aber die Welt ist nicht so schlecht, wie manche glauben, so Rosling. Erst wer die Fakten kennt, kann eine Situation richtig einschätzen und entsprechend handeln. Mit zahlreichen Diagrammen, Kurven und Statistiken will der Autor aufräumen mit Halbwissen und gefühlten Wahrheiten. Stück für Stück weist er die enormen Fortschritte der Menschheit nach, etwa in Sachen Schulbildung und medizinischer Versorgung.

## Impressum

### Herausgeber:

Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages

### Redaktion:

Referat für Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Susanne Keller (V.i.S.d.P.)

Tel. 0431/988-1118, [susanne.keller@landtag.ltsh.de](mailto:susanne.keller@landtag.ltsh.de)

Karsten Blaas (Redakteur)

Tel. 0431/988-1125, [karsten.blaas@landtag.ltsh.de](mailto:karsten.blaas@landtag.ltsh.de)

Yvonne Windel (stellv. Redakteurin)

Tel. 0431/988-1122, [yvonne.windel@landtag.ltsh.de](mailto:yvonne.windel@landtag.ltsh.de)

### Fotos:

Regina Baltschun, Thomas Eisenkrätzer, Michael August, Karsten Blaas, Janine Wergin, Detlef Ziep, Vivien Albers, Yvonne Windel, Rebecca Hollmann, Christian Lipovsek, Holger Stöhrmann, Uwe Appold, Archiv des Landtages, dpa-Bildfunk, Landesarchiv, Quickborn-Verlag, Iheo-Verlag, Ullstein-Verlag, Wachholtz-Verlag, Stiftung gegen Extremismus und Gewalt in Heide und Umgebung, TUBS, Friedrich-Ebert-Stiftung, Sven Hage/pixelio.de, AOK, R. Dietrich Habbe, Adobe Stock/BillionPhotos.com, Jörg Wohlfromm, KISCart, Kim Schröder/pixelio.de, Petra Bork/pixelio.de, Contains modified Copernicus Sentinel data 2018/LVermGeoSH

### Konzept:

Stamp Media im Medienhaus Kiel, Ringstraße 19, 24114 Kiel, [www.medienhaus-kiel.de](http://www.medienhaus-kiel.de); Titelseite: Amatik, Boninstraße 63, 24114 Kiel

### Gestaltung, Layout:

Agentur LOADSMAN/I. Schumacher, Arp-Schnitger-Weg 38, 24229 Strande, [www.loadsmann.de](http://www.loadsmann.de)

### Herstellung, Druck:

A.C. Ehlers Medienproduktion GmbH, Wittland 8a, 24109 Kiel

### Bezug der Landtagszeitschrift:

(Abonnement und Versand kostenfrei)  
Landtag Schleswig-Holstein, Ref. f. Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement, L1410, Postfach 7121, 24171 Kiel, Telefon 0431/988-1163, Fax 0431/988-1119, [bestellung@landtag.ltsh.de](mailto:bestellung@landtag.ltsh.de)

Die Zeitung wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 28. September 2018  
Der Landtag im Internet: [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de)

# Abgeordnete persönlich



Wolf Rüdiger Fehrs, CDU,  
geboren am 9. September 1966  
in Neumünster, verheiratet,  
eine Tochter,  
Geschäftsführer

## Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„In unserer Familie wurde immer viel über Politik aus Stadt, Land und Bund diskutiert. Die vielen Gespräche – vor allem die mit meinem Großvater – habe mich dazu bewogen, 1983 in die Junge Union einzutreten.“

## Was wollten Sie als Kind werden?

„Arzt.“

## Was war in der Schule Ihr Lieblingsfach?

„Mathematik und Sport. Seit der Schulzeit engagiere ich mich ehrenamtlich für den Sport, heute vor allem als Sportwart im Segelclub Neumünster.“

## Was war Ihr allererster Job?

„Während meiner Schulzeit habe ich in den Ferien auf dem Bau bei verschiedenen Handwerksunternehmen gearbeitet. Mein allererster Job war im Dachdeckerhandwerk.“

## Was macht Sie wütend?

„Unehrllichkeit.“

## Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Schleswig-Holstein ist ein tolles Land. Ich lebe sehr gern hier in meiner Geburtsstadt Neumünster. Auf dem Weg zum mittelstandfreundlichsten Bundesland müssen wir die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und die Infrastruktur weiter verbessern. Bürokratieabbau, Breitbandausbau und eine bessere Verkehrsinfrastruktur sind da nur ein paar Stichworte ...“



Dennys Bornhöft, FDP,  
geboren am 2. April 1986  
in Preetz, ledig,  
keine Kinder,  
Diplom-Verwaltungswirt

## Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„Das eine Erlebnis ist es weniger denn das eine Ziel. Ich möchte gerne irgendwann einmal in einem europäischen Bundesstaat leben. Diese klare Forderung hat mich vor knappen zehn Jahren auch zu den Jungen Liberalen und zur FDP gebracht.“

## Was wollten Sie als Kind werden?

„In der 1. Klasse habe ich in ein Poesiealbum als Berufswunsch geschrieben: ‚Bundeskantzler (mit Rechtschreibfehler), um in Deutschland den Anbau von Rosenkohl verbieten zu können.‘ Heutzutage würde ich anderen Menschen nicht etwas verbieten, nur weil ich es selber nicht mag.“

## Was war in der Schule Ihr Lieblingsfach?

„Biologie – ich wäre beinahe zum Kieler Meeresforschungsinstitut GEOMAR gegangen, weil mich Ozeanforschung (bis heute) sehr interessiert.“

## Was war Ihr allererster Job?

„Mit 16 ein 400-Euro-Job bei der Aquaristik- und Terraristikabteilung eines Zoofachhandels, bis ich nach dem Abitur mit der Anwartschaft für den gehobenen Dienst begonnen habe.“

## Was macht Sie wütend?

„Sätze wie ‚Politik geht mich nichts an‘, weil sie falscher nicht sein können. In Deutschland ist bis auf physikalische Grundsätze annähernd alles rechtlich beziehungsweise politisch vorgegeben. Ich bin auch in die Politik gegangen, um vor allem jüngere Menschen darauf hinzuweisen, wie sehr die Politik den Alltag bestimmt.“

## Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Die politische Gewichtung, Infrastruktur- und Baumaßnahmen zum Wohle vieler Menschen mehr voran stellen. Es muss mehr politischen Willen beispielsweise zur Ausweisung von Flächen für Wohnbebauung geben, auch zu Lasten von Grünflächen.“





Zehn Bronze-Gorillas stehen seit Mitte Juli vor dem Hauptportal des Landeshauses. Schöpfer der dreieinhalb Meter hohen Plastiken ist der chinesische Künstler Liu Ruowang. Die zum Himmel schauenden Skulpturen tragen den Titel „Original Sin“ (Ersünde) und sollen „die Hemmungslosigkeit des modernen Menschen“ thematisieren. Die metallenen Menschenaffen stammen aus einer 24-köpfigen „Gorilla-Familie“ von der Büdelsdorfer NordArt. Ursprünglich sollten sie im Sommer nach Prag zum Festival „Sculpture Line“ reisen, doch die Präsentation auf dem Wenzelsplatz wurde kurzfristig abgesagt. Landtagspräsident Klaus Schlie, der enge Kontakte zur NordArt pflegt, bot daraufhin den Platz vor dem Landtag an. Den Dialog zwischen Politik und Kunst auch im öffentlichen Raum zu führen, „passt zur Offenheit des Landtages“, so Schlie. Er rechne zwar mit Witzen über ein parlamentarisches „Affentheater“. Aber: „Damit müssen wir Politiker umgehen können“.



Landtagspräsident Klaus Schlie hat Mitte September den litauischen Botschafter Darius Jonas Semaška (li.) empfangen. Der Diplomat ist seit August 2017 Botschafter seines Landes in Berlin. Litauen feiert in diesem Jahr den 100. Jahrestag der Wiederherstellung seiner Staatlichkeit. „Es ist symbolisch, dass Deutschland damals das erste Land war, das die Unabhängigkeit Litauens völkerrechtlich anerkannte“, so der Botschafter.

## Zu Besuch im Landeshaus



Auch in diesem Herbst schmückt wieder eine Erntekrone die Eingangshalle des Landeshauses. Sie wird im jährlichen Wechsel von einem Kreisverband der Landjugend gebunden. In diesem Jahr kommt der Getreidekranz aus Nordfriesland.



Die Flensburger Band „Friedrich Jr.“ spielte Anfang September beim Empfang für die Organisatoren des „Christopher-Street-Day“ auf (siehe S.20). Den rund 60 Gästen bot das Quartett maritim angehauchten Folk-Pop und Chansons.

## Termine, Termine, Termine ...

### „14/18/18“: Erinnerung an das Ende des Ersten Weltkriegs

Ein „Gedenkmonat“ im Landeshaus erinnert an das Ende des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren. Vom 12. Oktober bis zum 11. November ist die Ausstellung „14/18/18“ des Flensburger Künstlers Uwe Appold zu sehen. Fünf großformatige Gemälde zeigen die Kriegsschauplätze in abstrahierten Darstellungen. Jedes Bild steht für eines der Kriegsjahre von 1914 bis 1918. In die Gemälde sind Erde und Fundstücke eingearbeitet, die der Künstler von Reisen zu ehemaligen Schlachtfeldern mitgebracht hat. Jede Woche wird im Rahmen einer Sonderveranstaltung ein Bild des Zyklus enthüllt. Die Veranstaltungen werfen einen vertieften Blick auf das jeweilige Kriegsjahr.

**1914**

**Donnerstag, 11. Oktober, 19:00 Uhr, Schleswig-Holstein-Saal:** Prof. Svenja Goltermann, Historikerin an der Universität Zürich, spricht über „Opfer. Die Wahrnehmung von Krieg und Gewalt in der Moderne“.

**1915**

**Dienstag, 16. Oktober, 19:00 Uhr, Schleswig-Holstein-Saal:** Unter dem Motto „The Sound of War“ erwecken der Künstler Uwe Appold und die Band „Radio Retro“ die Geräuschkulisse von 1915 zum Leben.

**1916**

**Montag, 22. Oktober, 19:00 Uhr, Konferenzsaal:** Im Spielfilm „Frantz“ des französischen Regisseurs François Ozon trauert die Witwe Anna (Paula Beer) um ihren gefallenen Verlobten Frantz und begegnet dem jungen Franzosen Adrien (Pierre Niney).

**1917**

**Montag, 29. Oktober, 19:00 Uhr, Konferenzsaal:** Der Hamburger Militärgeschichtler Prof. Michael Epkenhans beleuchtet das Thema „1914/18 vs. 2018 – Vom Stellungszum Drohnenkrieg. Der Krieg und seine Folgen früher und heute“.

**1918**

**Donnerstag, 8. November, 19:00 Uhr, Schleswig-Holstein-Saal:** In der „Finnisage“ blickt Landtagspräsident Klaus Schlie auf die Veranstaltungsreihe zurück. Der Künstler Uwe Appold enthüllt das letzte Bild seines Zyklus.

Die Ausstellung ist täglich von 10:00 bis 18:00 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei, bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit.



Die Gemälde des Flensburger Künstlers Uwe Appold enthalten Material von ehemaligen Schlachtfeldern an der Westfront. Oben ein Ausschnitt aus dem Bild „Le Village Fleury“.

### Die Bürgerbeauftragte vor Ort

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, ist auch im Herbst wieder im Lande unterwegs, um Bürger vor Ort zu beraten.

**Donnerstag, 4. Oktober: Lübeck**  
**Dienstag, 16. Oktober: Heide**  
**Donnerstag, 1. November: Lübeck**  
**Dienstag, 20. November: Heide**  
**Donnerstag, 6. Dezember: Lübeck**  
**Dienstag, 18. Dezember: Heide**

Termine in **Lübeck** bei der Deutschen Rentenversicherung Nord, Ziegelstr. 150, 10:00 bis 17:00 Uhr.

Termine in **Heide** im Rathaus, Postelweg 1, 11:00 bis 15:00 Uhr.

Zu den Terminen ist eine Anmeldung erforderlich. Telefon: 0431/988-1240. Hinzu kommen die regelmäßigen „Dienstleistungsabende“ in **Kiel**, Karolinenweg 1: **jeden Mittwoch** von 15:00 bis 18:30 Uhr.

### Ausstellung: Ludwig Nissen und seine Spende an Husum

**Bilder und Skulpturen aus der Sammlung Ludwig Nissens sind vom 12. November bis Anfang Januar im Landeshaus zu sehen.**

Nissen (1855 bis 1924) war von Husum nach New York ausgewandert und dort als Diamantenhändler zu Wohlstand gelangt. In seinem Testament vermachte er seiner Heimatstadt eine umfangreiche Kunstsammlung sowie einen Millionenbetrag zum Bau eines Museums. Das „Nordfriesland Museum. Nissenhaus Husum“ dokumentiert heute den Kultur- und Naturraum Westküste.

Landtag und Investitionsbank setzen mit der Ausstellung die Reihe „Kulturland Schleswig-Holstein“ fort. Die Ausstellung ist täglich von 10:00 bis 18:00 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei, bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit.